

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Feiertage) Robert Viktorius, Magdeburg, Verlag von Bernhard Sarbaum, Magdeburg-Neustadt, Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotborfstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahr (inkl. Dringertouren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Provinz und den Ausgabestellen vierzehntägig. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühren die Anzeigenbeilage 15 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7779.

Nr. 27.

Magdeburg, Mittwoch, den 1. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Chronik der Volksstimme.

Monat Januar 1899.

- Redakteur Müller wurde wegen **Beleidigung des kaiserlichen Ministers** in Calbe a. S. zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.
 - Verhandlung wider Redakteur Müller wegen **Beleidigung des Kaisers** und eines Mitgliedes des königlichen Hauses. Die Verhandlung wird zwecks Vernehmung des Abg. Schmidt vertagt.
 - Die Geschäftsbücher der Volksstimme (1 Kassabuch, 1 Hauptbuch, 1 Kladder) werden **beschlagnahmt**.
 - Redakteur Müller wird wegen **Beleidigung des Kaisers und des Prinzen Eitel Fritz** zusätzlich der noch zu verhängenden Strafen zu 4 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt.
 - Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Müller, die derselbe gegen ein Erkenntnis des hiesigen Landgerichts eingelegt hatte, wonach er wegen **Beleidigung eines Wahlvorstehers** im Kreise Heydekrug zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt ist.
 - Verhandlung gegen Redakteur Viktorius wegen **Beleidigung der Magdeburger Polizei und Richter**. Die Verhandlung wird vertagt.
 - Die Inanspruchnahme des Redakteurs Müller im vollen Umfange darzutun, hat Abg. Schmidt sich dem **ersten Staatsanwalt gestellt** und sich als dem eigentlichen Schuldigen bekannt.
 - Der Bruder der Volksstimme, Franz Wetze, wird in Sachen Müller als **Zeuge vernommen**.
 - Abg. Schmidt hat das an den königlichen ersten Staatsanwalt gerichtete Gesuch, das Amtsgesuch gegen ihn einzuleiten zu wollen, schriftlich **begünstigt**.
 - Gegen den Verleger Sarbaum ist auf Grund seines Geständnisses ein **Verfahren wegen Verstoß gegen das Pressegesetz** eingeleitet.
 - Vor dem Schiedsrichter steht Redakteur Viktorius, um sich wegen einer Kritik der Gottwardischen Broschüre zu verantworten, durch welche sich der Verfasser **beleidigt** fühlt. Dem Privatkläger wurde anheimgegeben, das Amtsgericht anzurufen.
 - Wegen **Entnahme eines Inzerats** Glandulen wurde Redakteur Müller freigesprochen.
 - Wegen **Entnahme eines Artikels** Eine Greisin erschossen, wodurch **grober Mißbrauch** begangen sein soll, wurde Redakteur Viktorius zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.
 - Der königliche Erste Staatsanwalt giebt dem Abg. Schmidt auf Grund seiner Selbstbezüglichung anheim, sich von der ihm **zu rechnenden Immunität** entbinden zu lassen.
 - Die **beschlagnahmten Geschäftsbücher** der Volksstimme werden im Beisein des Geschäftsführers auf dem Sekretariat des Amtsgerichts **geöffnet**.
 - Vor dem Schiedsrichter steht Verleger Sarbaum, um sich wegen Herausgabe einiger Nummern zu verantworten, die eine Kritik der Gottwardischen Broschüre enthalten, durch welche der Verfasser sich **beleidigt** fühlt. (Reskript wie am 20. d. Mis.)
 - Redakteur Viktorius wird von der Anklage wegen **Religionsverhöhnung** freigesprochen.
 - Der Geschäftsführer Fabian wird in Sachen Müller-Schmidt als **Zeuge vernommen**.
 - Abg. Schmidt unterbreitet der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag betreffend **Verzicht auf die ihm zustehende Immunität**.
 - Der **Reichstag** überweist den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (S. unter 25.) der Geschäftsordnungs-Kommission.
 - Redakteur Viktorius wird vom Schöffengericht von der Anklage wegen **Uebertretung des § 11 des Pressegesetzes** freigesprochen.
- Demnach sind rechtskräftig geworden: 4 Wochen Gefängnis, Erkannt wurden 4 Jahre 1 Monat Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe.**
Freisprechungen wurden drei erzielt.
Es schweben Anklagen wegen **Beleidigung der Magdeburger Polizei und Richter**, sowie zwei Privatklagen. Sodann das noch einzuleitende Verfahren gegen den Abg. Schmidt.

Eine Reformpartei wider Willen.

Mw. Diese Rolle soll nach der Allgemeinen Zeitung (München) die Sozialdemokratie spielen, wie sie sagt, „bis die fortschreitende Besserung des vierten Standes ihr als solcher den Boden entzieht“. Dann heißt es weiter: „Was dann noch übrig bleibt, wird man, soweit es sich als phantastische Schwärmerei darstellt, ruhig sich selber überlassen können, soweit es als praktischer Anarchismus die Wege der Revolution zu schreiten beginnt, mit eiserner Strenge zu unterdrücken haben. Bis dahin ist es Aufgabe des Staates, von der maß- und planvollen Fortführung seiner Reformarbeit nicht abzulassen und im übrigen darauf zu achten, daß das Spiel mit dem Feuer der Revolution, wie es der sozialistische Berufsagitor als Sport treibt, nicht zu ernsthaft und gefährlich werde.“

Es ist merkwürdig, wie sehr dieses destruktive liberale Bürgertum das Gruseln vor der Revolution gelernt hat! Darum möchte die Gesellschaft gern der nun einmal großen und mächtigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung den revolutionären Charakter abdiskutieren oder gut deutsch ablägen. Weil die Sozialdemokratie den Arbeiterstand gegründet und zu einer selbstständigen Partei gemacht hat, die für die Rolle eines Schleppträgers der Bourgeoisie nicht mehr zu haben ist, ebenso wenig wie das servil gewordene Bürgertum für die Revolution, die ja das Bürgertum seiner Zeit ganz famos blutig ins Werk zu setzen verstand, aller-

dings in einer Form, für die heute die Arbeiter nicht mehr zu haben sind — darum soll die Sozialdemokratie zu einer Reformpartei degradiert werden!

Es ist die alte Geschichte! Das Bürgertum kennt keine andere Revolution, als die, welche es selbst seiner Zeit gemacht hat. Daß die naturnotwendige Folge der Bourgeoiserevolution die des Proletariats sein muß, kapiert die Spießergesellschaft freilich nicht. Ebenso wenig will es ihr enges Hirn fassen, daß die Arbeiterklasse durchaus nicht darauf angewiesen ist, wie die Dinge heute stehen, genau dieselben Pfade zu wandeln, Barrikaden zu bauen usw., wie es die Bourgeoisie gethan hat.

Es fehlt den Keulein die nötige Einsicht in das Grundgesetz der Entwicklung, das ebenso im gesellschaftsgeschichtlichen Leben der Menschheit herrscht wie in der ganzen organischen Natur. Sie sind konservativer als die Konservativen — auf dem Gebiete des Verstehens und Urteilens, was hauptsächlich für sie selbst verhängnisvoll ist.

Revolution und revolutionär schmeckt für sie immer nach Barrikaden, blinkenden Senzen, Mistgabeln usw.

Aber wie die Formen der Unterdrückung sich ändern und umgestalten, thun es auch die Formen des Widerstandes gegen die Unterdrückung. Nachdem das Bürgertum — nach dem Urteil bürgerlicher Kulturhistoriker — heute vor Thron und Altar zu Kreuz getrohen ist, militär- und kirchstromm zu werden sich immer mehr befehligt, Anteil genommen hat an der Staatsmachtmachinery, verflucht es seine eigene revolutionäre Vergangenheit, begreift den Standpunkt des Besitzenden und Mächtigen — und stürzt sich im Grund vor seinen eigenen „Jugendbeselen“, die nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, aus der Menschengeschichte auszutreiben sind. Es pflichtet im Grunde mit großem Vergnügen dem vielcitirten Rechtsgrundsatze bei, daß es nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe thun.

Die für das Bürgertum kalte Zeit notwendige Revolution, die es mit großer Milde gegen sich selbst für „Jugendbeselen“ erklärt, ist es bereit, dieselbe dem Arbeiterstand für das schlimmste aller Verbrechen zu erklären und zu bestrafen mit allen nur irgend zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln. Die „eiserner Strenge“ für den Sozialdemokraten ist den Herren eben recht.

Allerdings meint der anfangs unserer Darlegungen citierte Satz der Allgemeinen Zeitung, damit sei nur der Teil der Sozialdemokratie zu treffen, der „praktischen Anarchismus“ treibend, die Wege der Revolution zu beschreiten beginnt.

Das sind der geehrten Bourgeoisie höchst eigene Wege, Herrentaktus und Bombenwerfen sind Pflanzlein, die auf demselben Mist unsozialen Fühlens und Denkens erwachsen. Wir erkennen die Rechte des Einzelnen durchaus an, „voll und ganz“, wenn man die Lebensart verlangt, wir fühlen wie die Deklaranten der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 die Berechtigung und Notwendigkeit, daß der einzelne, das Individuum auch gegen die organisierte Gesellschaft, den Staat gesichert werden muß. Aber wir begreifen, daß der wirtschaftliche Atomismus, die Auflösung der Gesellschaft zum Unheil der Gattung ausschlagen muß. Darum mißbilligen wir den kapitalistischen Anarchismus ebenso wie den von der Bourgeoisie bezahlten und in gleicher Weise den freiwilligen proletarischen, der uns als eine Ausgeartung der Verzweiflung erscheint, zu der der lebenswürdige alte Herr in Friedrichsruh die gesamte deutsche Sozialdemokratie treiben wollte.

Soweit sind wir glücklicherweise noch nicht und soweit kann die Sozialdemokratie glücklicherweise nie mehr gebracht werden. Diese Zeiten sind vorbei, vorbei für immer. Es ist ja weltbekannt, daß die alten Gewalten Anarchisten machen oder wenigstens erfinden in ihrer Presse und dergl., um sie gegen die Sozialisten auszuspielen, — und daß im Gegenzug dazu die vernünftigen, sehr realpolitischen, sozialdemokratischen Arbeiterparteien aller Kulturländer selbst den freiwilligen nicht polizeilichen Anarchismus als einen Rückfall in den bourgeoisen Individualismus betrachten und behandeln, wie die verschiedenen internationalen Kongresse der klassenbewußten Arbeiter bis auf den diesjährigen Bonduer beweisen. Die „praktischen Anarchisten“ der Bourgeoisie und ihre Sendlinge können lange warten, ehe sich darin etwas zu ihren Gunsten ändert.

Mit dem freiwilligen oder bezahlten Bombenwerfen wird nur die so „maß- und planvolle Fortführung der Reformen“ bezüglich der Lage der arbeitenden Klassen gehindert, indem den Herren der Regierung der Vorwand gegeben wird, wieder Repressionsmaßregeln, statt Reformen zur Bekämpfung der Arbeiter anzuwenden.

Zu dem muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß nach Bismarcks Gebot alles was an Sozialreform in Deutschland existiert, lediglich auf das Vorhandensein der Sozialdemokratie zurückzuführen ist.

Insofern als die Furcht vor dieser Partei Reformen den Machthabern als notwendig erscheinen ließ, mag man sie ja eine Reformen veranlassende Partei nennen. Aber eine „Reformpartei“ nach dem Herzen unserer Säbel- und Geldsackgewaltigen kann und wird die Sozialdemokratie nie werden — wie dies erst wieder am Donnerstag im Reichstage Abg. Singer scharf betonte.

Mögen nur die Herrschaften durch recht umfassende und tiefgreifende Reformen der Sozialdemokratie das „Reformpartei wider Willen“ entziehen: Es soll uns das von ganzem Herzen erfreuen im Interesse des armen ausgebeuteten und geknechteten Volkes! Das ist durchaus nicht gegen unseren Willen. Und je mehr Reformen geschaffen werden, desto mehr ist dafür die Gesellschaft der Sozialdemokratie verpflichtet, welche durch ihre unablässige furchtlose Kritik die Schäden aufdeckt und laut und entschieden Abstellung derselben verlangt. Den Regierungen steht ein reichhaltiger Wunschzettel von überhaupt notwendigen Reformen zur Verfügung, mit deren Erfüllung hat sie bei dem üblichen behutamen und bedächtigen Tempo ihrer Art zu reformieren, für Jahrzehnte hinaus zu thun.

Bis dahin also nehmen sie der Sozialdemokratie den Wind nicht aus den Segeln! Das Gegenteil ist eher wahrscheinlich. Man wird mit Bismarck dann auch wieder sich sagen: ohne Sozialdemokratie hätten wir wahrscheinlich auch diese Reformen nicht, welche uns vom Kapital verabreicht wurden, weil dieses nur in seiner Furcht vor der revolutionären Sozialdemokratie sich zu den für jede Reform unumgänglich notwendigen Opfern entschloß.

Das ist aber die verfluchte Zwischmühle, in der der Kapitalstaat drinn steckt: verfolgt er die Sozialdemokratie, so macht er für sie Propaganda, setzt er Reformen ins Werk, so ist es das nämliche, er mag anfangen was er will, er kann die Sozialdemokratie nicht vernichten, andererseits zieht er mit all seinem Sträuben und Zappeln die „letzte Krawatte“ um seinen höchsten Hals immer enger zu. Der Rat der Münchener Allgemeinen Zeitung ist also wirklich gut: möge der Staat „nicht ablassen von seiner Reformarbeit“, dann thut die Geschichte voraussichtlich nicht so weh. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Grafregent Ernst von Lippe, von dem jüngst viel gesprochen wurde, hat sich in einem Trinkspruch auf den Kaiser wie folgt geäußert: Es ist für mich selbstverständlich, daß persönliche Erinnerungen noch so schmerzlicher Art, wie solche mir das letztverfloßene Jahr gebracht hat, und wie sie zu meinem tiefsten Bedauern auch der Deffinitivität preisgegeben worden sind, nie und nimmermehr einen Einfluß ausüben können auf das freudige Bekenntnis meiner Treue zu Kaiser und Reich. Reichsverdroßtheit und partikularistische Unterfrömmungen haben in meinem Hause und Herzen keine Stätte! —

Am Sonntag tagte in Berlin ein Gemeindevorstandstag, welcher Stellung zu dem in der Thronrede angekündigten Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten, nahm. Nach eingehender Beratung wurde der Verbandsvorstand ermächtigt, eine Petition an den Landtag auszuarbeiten, die die Wünsche der Gemeindebeamten bezüglich der Anstellung, Besoldung, Pensionierung und Reliquienberechtigung der Gemeindebeamten klarlegt. Vor allen Dingen soll darauf hingewirkt werden, daß den Beamten der ordentliche Rechtsweg nicht abgebrochen wird. —

Das veraltete braunschweigische Wahlgesetz soll nach dem Wunsch der Justizkommission des Landes reformiert werden. Leider tritt die Kommission für einen Wahlmodus ein, der ebenfalls den modernen Anschauungen durchaus nicht entspricht. Sie schlägt dem Landtage vor, die Regierung um die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes zu bitten, das auf der Grundlage der geheimen, indirekten Dreiklassenwahl beruht. Je fünfzehn Abgeordnete sollen in den Stadt- und Landgemeinden, die übrigen 18 von den einzelnen Berufsständen in besonderen Wahlen gewählt werden. Immer rückwärts, immer rückwärts! —

Nachrichten aus dem Auslande.

Wie aus Wien gemeldet wird, erhielt der Afrikareisende österreichische Honorarkonsul Oskar Baumann in Sansibar der Verfasser des Aufsatzes über das Gängen in Deutsch-Ostafrika, eine scharfe Rüge vom österreichischen auswärtigen Amt. Damit ist doch aber die Angelegenheit nicht aus der Welt gewaschen. —

Die tschechischen und deutschen Studenten Prags versuchen eine Einigung zwecks gemeinsamer Pflege der Wissenschaften und Bekämpfung des Chauvinismus. —

In Helsingfors ist ein kaiserlicher Befehl veröffentlicht worden, nach welchem für die Senatoren, die Gouverneure, überhaupt für die höheren Beamten Finnlands die Kenntnis der russischen Sprache obligatorisch ist. Die Russifizierung Finnlands macht Fortschritte, denn stehen die Finnländer machtlos gegenüber — der Bar befehlt. —

Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte bekräftigt die Meldung, daß die russische Regierung ernsthaft mit dem Plane umgeht, ein Arbeiter-Auswanderungsverbot noch in diesem Jahre zu erlassen. Wie will man aber die Arbeiter an die Scholle fesseln? Unseren Junkern öffnet sich angesichts dieser russischen Arbeiterfürsorge das profitgierige Herz. —

Die in Spanien angekündigte Aufhebung des Ausnahmestandes ist wieder aufgeschoben. Die Regierung erklärt, die Karlisten hätten noch nicht darauf verzichtet, die Ordnung zu stören. Als ob durch Ausnahmestände eine oppositionelle Bewegung niedergehalten werden kann. —

Das bulgarische Ministerium ist zurückgetreten. —

Deutschland als Industriestaat. In einer von den Volkswirtschaftlichen Mitteilungen wiedergegebenen Notiz des Pariser Soleil heißt es: Während der letzten sechs Jahre hat Englands Handel um 23 Prozent zugenommen, der der Vereinigten Staaten um 23 Prozent, der Deutschlands um 25 Prozent, wohingegen Frankreich nur eine Vermehrung um 2 1/2 Prozent aufweisen kann. Das heißt also, daß während wir zwei und einen halben Schritt vorwärts machen, England 9, die Vereinigten Staaten 23 und Deutschland 25 vorwärts thun. Was sagen die Herren Agrarier zu dieser für Deutschland so rühmlichen Feststellung des französischen Blattes? Ja, dieser Graf Caprivi mit seinen Handelsverträgen war doch wirklich eine unheilvolle Persönlichkeit. Deutschlands Handel so zu steigern! Da hört ja allmählich jede Hoffnung auf den „geschlossenen Agrarstaat“ mit Zoll und Grenzperre auf! —

Parlamentarische Nachrichten.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

—t. Berlin, den 30. Januar 1899.

Der Reichstag verhandelte heute den Marine-Etat und erledigte ihn in dieser einen Sitzung, was schon seit langen Jahren nicht vorgekommen ist. Hätten unsere Genossen nicht Grund zu beschweiden über die Verwaltungsmaximen in der Marineverwaltung gehabt, der ganze Etat wäre heinatsch debattelos genehmigt worden. Es ist ja natürlich, denn die einzelnen Positionen sind in diesem Jahre nur Folgen der in früheren Jahren ausgesprochenen Bewilligungen. In der Verwaltung aber hatten unsere Genossen allen Grund, scharfe Kritik zu üben: namentlich die Herren Verfdirektoren mußten ebenso berechnete wie scharfe Angriffe über sich ergehen lassen. Genosse Singer brachte den bekannten Wahlbeeinflussungsakt des Danziger Verfdirektors von Wietersheim zur Sprache und forderte vom Staatssekretär eine ungewöhnliche Erklärung, ob er die Wahlpraktiken dieses sonderbaren Staatsritters billige oder nicht. Er führte gleichzeitig über den Wilhelms-havener Verfdirektor von Schuchmann Beschwerde, der den Arbeitern mit Entlassung gedroht habe, wenn sie das ungeheure Verbrechen begehen sollten, dreimal mit den Steuerbeiträgen rückständig zu bleiben. Staatssekretär Tirpitz antwortete, wie wir anerkennen wollen, klipp und klar. Er mißbilligte die Wahlbeeinflussung des Danziger Verfdirektors und fand die angebrochte Strafe der Entlassung bei den Umständen zu hart. Fast im ganzen Hause sollte man der Erklärung Zustimmung geben. Nur auf der Rechten war man nicht damit einverstanden; und namentlich Herr von Stumm schien das loyale Auftreten des Marineministers gegen den Strich zu gehen, so mißbilligend und aufgeregt rückte er auf seinem Sessel herum. Während alle anderen Redner die klaren und verständigen Ausführungen des Staatssekretärs mit Anerkennung begleiteten, suchte Herr v. Stumm sie zu bemängeln und an ihnen herum zu deuteln; und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Mißbehagen Stumms Herrn Tirpitz noch teuer zu stehen kommt. Genosse Mollenbühr unternahm es, dem Abg. v. Stumm zu erwidern; er wies auch an der Hand einer von der Marineverwaltung herausgegebenen Lohnstatistik nach, daß die Lohnverhältnisse auf den Werften noch lange nicht zufriedenstellende wären. Um Herrn v. Stumm's Hilfe zu kommen, nahm noch der streitbare deutsch-konservative Graf Kinkowstroom das Wort. Er hielt die Zeit für eine soziale Maßnahme größeren Stils für passend; weil er dabei ostentativ mit seinem monarchischen Gefühl prahlte, ließ ihm unser Genosse Singer eine verdiente Abfertigung zu Teil werden. —

Singer sprach mit der Beratung des Antrags, die Erteilung zur Genehmigung des Strafverfahrens gegen unsern Genossen Schmidt-Magdeburg wegen Majestätsbeleidigung einzuleiten. Der Antrag, welcher ein Mittel darstellte, weiteren wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren Gefängnis verurteilten Genossen Mülle-Magdeburg die Freiheit wieder zu geben, wurde zur schleunigen Berichterstattung der Geschäftskommission überwiesen. Morgen steht der Antrag Bachem auf Abänderung der Posttarife, der Kautschou-Etat und der Post-Etat auf der Tagesordnung.

Die Verhandlungen im Reichstage.

(Eigener Bericht.)

—n. Berlin, den 30. Januar 1899.

Am Bundesratstisch: Tirpitz.
Zunächst wird ein schleuniger Antrag Agster (Soz.) und Genossen angenommen auf Einstellung der gegen den Abg. Thiele (Soz.) bei dem k. Landgericht in Halle a. S. schwebenden Strafverfahren für die Dauer der Session.
Ferner liegt ein Antrag Agster und Genossen vor: Der Reichstag wolle beschließen, dem ersten Staatsanwalt beim k. Landgericht Magdeburg die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Magdeburg wegen angeblicher Majestätsbeleidigung und Verurteilung eines Mitgliedes des k. Hofes erteilt.

Abg. Singer (Sozialdemokrat):
Unser Antrag steht im Gegensatz zu den sonstigen Anträgen dieser Art, die Einstellung eines Strafverfahrens gegen einen Abgeordneten verlangen. Die Ursachen unseres Antrages sind folgende: Vor einiger Zeit wurde in Magdeburg der verantwortliche Redakteur des dortigen sozialdemokratischen Blattes wegen Majestätsbeleidigung usw. zu der geradezu exorbitanten Strafe von ca. vier Jahren verurteilt. Die Verurteilung erfolgte, trotzdem drei Kollegen des Angeklagten bezeugten, daß dieser an den betr. Tagen gar nicht in Magdeburg anwesend war, sondern sich nur von einer Reise zurückgekehrt, zehn Minuten in der Redaktion der Volksstimme aufgehalten hatte. Diesen Aussagen wurde nicht geglaubt, sie wurden nicht vereidigt. Welchen Eindruck aber ihre Aussagen trotzdem gemacht haben, geht daraus hervor, daß einem dieser Zeugen jetzt eine Anklage wegen Vergehens gegen das Pressegesetz zugestellt worden ist. Das rigorose Urteil wird in Magdeburg aus der gegen die Sozialdemokratie beim dortigen Gericht herrschenden Stimmung erklärt. Nachdem nun das Urteil verkündet war, ließ es unsern Kollegen Schmidt-Magdeburg, der zu jener Zeit den verantwortlichen Redakteur vertrat, seine Aufseher. Er konnte es nicht mit seinem Gewissen und seiner Ehre vereinbaren, daß ein völlig Unschuldiger auf diese entsetzliche Weise 4 Jahre seines Lebens mit durch ihn beraubt werden sollte. Er hat sich daher als denjenigen bekannt, der die Veröffentlichung des Urteils verhindert hat, und ersucht, die Klage gegen ihn anzuführen. Der Staatsanwalt hat das vorläufig abgelehnt mit der Begründung, daß der Schmidt Reichstagsabgeordneter sei, das Strafverfahren doch während der Dauer der Session nicht eröffnet werden könne. Daher unser Antrag. Wir erkennen nicht, daß es etwas Außergewöhnliches ist, dem Reichstag zuzumuten, das Privilegium der Immunität seiner Mitglieder in einem einzelnen Falle aufzugeben, hoffen aber, daß der Reichstag diesmal eine Ausnahme machen wird. Um den Abgeordneten aller Parteien Gelegenheit zu geben, die Sache ganz eingehend zu prüfen, beantrage ich Ueberweisung unseres Antrages an die Geschäftsordnungskommission.

Das Haus beschließt den Anträgen gemäß und tritt sodann in die zweite Beratung des Etats ein, der beim Etat der Marineverwaltung fortgesetzt wird.

Abg. Weber (Centr.)
bestimmte als Berichterstatter die unveränderte Annahme des Etats. Beim Titel Staatssekretär verliest

Abg. Singer (Sozialdemokrat)
einen Tagesbefehl, in dem der Oberverfdirektor von Danzig, Herr von Wietersheim, seinen Arbeitern die Anweisung giebt, nicht sozialdemokratisch zu wählen und den Verlockungen und Versprechungen dieser Partei nicht zu folgen.

Der Herr Oberverfdirektor giebt sodann eine Schilderung der letzten Ziele der Sozialdemokratie, mit einer durch keine Sachkenntnis getriebenen Unbefangenheit. Er äußert sich da wie folgt: „Die Sozialdemokratie strebt den Umsturz der von Gott eingelegten Weltordnung (Auf links: Vornehmlich vom Abg. v. Stumm!) Sehr richtig!), die Vernichtung der christlichen Familie (Sehr richtig!) und des Staates an.“ (Sehr richtig!) Ich glaube Ihnen (und rechts) gern, daß dieser Entschluß auch Ihre Ansichten vertritt. Dadurch werden Sie aber nicht richtig! Es heißt dann also da weiter: „Sie leugnet Glauben und Religion und will die Monarchie stürzen. Und nur durch eine kräftige Monarchie ist das deutsche Reich in seiner Vereinigung stark und mächtig zu erhalten (Auf, wie oben: Sehr richtig!) und dauernd gegen Angriffe von außen zu bewahren. So lange das Deutsche Reich noch nicht bestand, lehnte sich alles darnach, als es in dem glorreichen Kriege in herrlicher Erleichterung wurde, da jubelte man ihm zu; und jetzt, wo es besteht und seinen Segen in allen Verfassungen mehr oder weniger ausbreitet, arbeitet die Sozialdemokratie darauf hin, seine Grundlagen zu untergraben, um es zu Fall zu bringen.“ (Auf, wie oben: Sehr richtig!) Es heißt doch wirklich, daß die Sozialdemokratischen Grundzüge nicht kennen, wenn man derartige Behauptungen aufstellt, wie die, daß die Sozialdemokratie das Deutsche Reich zerstören will. Aus welcher Druckfuge, aus welcher Schrift, aus welcher Zeitung, aus welcher Rede kann dies nachgewiesen werden? Das Gegenteil trifft hier zu. Die Sozialdemokratie will alle die Vorteile, die die Errichtung des Deutschen Reiches weniger geschaffen, den Willkoren der deutschen Arbeiterklasse zugänglich machen. (Sehr richtig! links.)

Nachdem also Herr v. Wietersheim die Arbeiter zu über die Ziele der Sozialdemokratie aufgeklärt hat, richtet er die Aufforderung an sie: Wer noch einen Funken von Liebe für sein deutsches Vaterland hat, wer noch in Treue zu Kaiser und Reich steht, rette manhaft am 24. an die Wahlurne und gebe seine Stimme dem staatsverfallenden Kandidaten Danzig, dem treuen Bürger dieser Stadt. (Auf rechts, vornehmlich Abg. v. Stumm: Sehr richtig! Auf von anderer Seite: Nicht! Große Heiterkeit.) Es ist Sache des Reichstags, dem Unfug ein Ende zu machen, daß die Oberen der Verwaltungsstellen ihren Anstellungen vorziehen, welcher politischen Ueberzeugung sie sein sollen. (Sehr richtig! links), während andererseits den Arbeitern gesagt wird, sie könnten durch das allgemeine Wahlrecht ihre Interessen genügend vertreten. Das ist ein Zustand, in einem Kulturstaat nicht geduldet werden darf. (Sehr richtig! links.) Es geht der Verwaltung gar nichts an, wen die Arbeiter wählen. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Man muß Sorge dafür tragen, daß das fundamentale Recht des Volkes, das Grundrecht der Arbeiter nicht mehr in dieser Weise illusorisch gemacht wird. (Sehr richtig! links.) Herr v. Wietersheim soll sich nicht mehr an dieser Stelle befinden und ich nehme nach den Gepflogenheiten des letzten Jahres an, daß er für seine Heidenhaft befördert worden ist. (Große Heiterkeit. Sehr richtig! links.)

Ich möchte noch von einem zweiten Tagesbefehl berichten, in welchem der Oberverfdirektor von Wilhelmshaven, Herr v. Schuchmann, bestimmt, daß die Arbeiter, welche dreimal in einem Jahre ohne genügende Entschuldigungen die Steuern nicht rechtzeitig entrichtet haben, zu daß deren Einziehung durch die Werft erfolgen muß, aus der Werftarbeit zu lassen sind. Das ist ein derartiger Eingriff in die privatrechtlichen Verpflichtungen der Arbeiter, daß ich ihn einfach nicht begreife. Würde denn der Herr Staatssekretär auch die Steuerbehörde darin unterstützen, und einen solchen Akt, B. an die Herren Offiziere gestatten, denn auch bei denen sollen öfters Strafvollstreckungen vorgenommen? (Heiterkeit.) Es ist häufig betont worden, daß die Einziehung in die Steuerlisten nicht zu Denunciationsen benutzt werden darf, und hier benutzt ein Vorgesetzter seine wirtschaftliche Macht, um Denunciationsen der Steuerbehörde nachzulassen! Auf welchem Recht basiert ein solches Vorgehen? Welcher Privat-Industrielle würde sich zum Mittel der Steuerbehörde hergeben? Und die Marinebehörde soll zu solchen Diensten in Anspruch genommen werden? Ich will hoffen, daß die Erwiderung des Herrn Staatssekretärs so sein wird, daß das verlegte Rechtsgefühl der Arbeiter Genugthuung erhält. (Beifall links.)

Staatssekretär Tirpitz:
Ich glaube im Einverständnis mit dem hohen Hause zu handeln, wenn ich mich nicht auf eine Sozialistenrede einlasse. Herrn von Wietersheim habe ich meine Ansicht, daß er nicht in dieser Weise bei den Wahlen hervortreten dürfe, geäußert. Was die zweite Angelegenheit betrifft, so ist zweifellos der Tagesbefehl vom Wohlwollen gegen die Arbeiter diktiert, weil der Oberverfdirektor ein großes Interesse daran haben muß, daß die Vermögensverhältnisse seiner Arbeiter geordnet sind. (Achtung links.) Der Rufus von der Entlassung finde ich etwas hart, bin jedoch nicht genügend orientiert, um zu entscheiden, ob er durch besondere Gründe gerechtfertigt ist.

Abg. Richter (Frk. Sp.):
Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat mich befreit. Ich wäre glücklich, wenn seine Auffassung auf allen Seiten dieses Hauses immer mehr Platz greifen würde; denn das Eingreifen der Staatsbehörde bei den Wahlen schädigt die staatliche Autorität nur.

Abg. Ringel (Chr.):
fordert, daß mehr dafür gesorgt werde, daß die Angehörigen des Heeres und der Marine ihren gottesdienstlichen Pflichten nachkommen könnten, natürlich unter Wahrung des paritätischen Standpunkts.

Staatsminister Tirpitz:
Die Schiffskommandanten haben eingehende Instruktionen über die Abhaltung von Gottesdiensten für Katholiken, die auch streng gehandhabt werden.

Abg. Frhr. von Stumm:
Den Tagesbefehl des Herrn von Wietersheim lasse ich lebhaft als einen wohlgemeinten Akt des Herrn an seine Arbeiter auf. (Achtung links.) Mit der Erklärung des Herrn Staatssekretärs bin ich nicht ganz einverstanden; denn wenn Sozialdemokraten in einem staatlichen Betriebe angestellt werden, so muß der Behörde das Recht zugesprochen werden, ihre Arbeiter zu warnen, daß sie falls sie für Sozialdemokraten stimmen, Gefahr laufen, entlassen zu werden. Was Herr von Wietersheim ausgesprochen hat, das ist jedenfalls die Basis der sozialdemokratischen Anschauungen. Ich habe selten etwas gehört, was so präzis die Ziele und Anschauungen der Sozialdemokratie wiedergibt. (Achtung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Singer bestritt, daß die Sozialdemokraten Feinde des Deutschen Reichs sind, so verweigere ich da nur z. B. auf einen Artikel aus dem sozialistischen Akademiker vom Januar 1895. Dort heißt es: Was ist unser Vaterland? Die Skizze aller, die menschlich fühlen und denken, ist unser Vaterland. Ich erinnere auch an den roten Kalender, in dem anarchoistische Mordthaten verherrlicht werden. Ich habe Material genug, Ihnen das zu beweisen, und wenn Sie mich provozieren, bin ich bereit, Ihnen Rede zu stehen. (Achtung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mollenbühr (Sozialdemokrat):
Daß Herr v. Stumm alle Dummheiten, die über die Sozialdemokratie irgendwo geschrieben worden, gegen dieselbe ausstülzt, ist uns ja bekannt. In 50 Prozent seiner Reden wird ja auch der rote Kalender erwähnt. Wenn Herr von Stumm meint, Vorgesetzte müßten ihren Untergebenen mit Rat bei den Wahlen zur Seite stehen, so finde ich trotzdem, daß dieser Rat einem Befehle gleich kommt. Das ist aber verfassungsgemäß ganz unzulässig. Und wie glauben Sie denn, daß die Eisenbahnen und der Schiffsbau im Betrieb erhalten werden könnten, wenn man die Sozialdemokraten hieraus entfernte? Dazu gehören gerade die Intelligenzien. (Widerspruch rechts. Sehr richtig! links.) Ich will nun zu etwas anderem übergehen. Im Vorjahre wurde von der Marineverwaltung eine Lohnstatistik herausgegeben, die von der Presse recht abfällig kritisiert worden ist. Die Mitteilungen über die Arbeitslöhne sind darin zu summarisch, so daß der Zweck einer Lohnstatistik durchaus nicht erreicht wird.

Wenn man genauer hinsieht, so ergibt sich, daß bei einer Familie von fünf Köpfen 38 Pfennig pro Tag und woch einfällt. (Hört! hört!) Solche Sozialpolitik sollte die Marineverwaltung nicht dulden. (Sehr richtig! links.) Ein weiterer Mißstand auf den Werften ist das Spitzeln. Das ist ja bei uns ohnehin in Massenkulturen gebräuchlich. Selbst Minister sind nicht ganz sicher davor, aber diesen ist sie nicht so gefährlich. Wenn aber diese Spitzeln unter den Arbeitern um sich greift, dann werden bei der Werftdirektion stets Leute denunziert, die persönliche Feinde der Spitzler sind. Es wäre wirklich an der Zeit, daß für die Verrückelung der Werftarbeiter etwas getan werde; das würde auch den Werften selbst zu gute kommen. Die Werften sollen nicht für die Unterhaltung von Schmarozern da sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kontre-Admiral v. Büchel
erklärt, das Reichs-Marineamt werde bemüht sein, die Lohnverhältnisse der Arbeiter zu bessern. Das werde ihr nur so mehr gelingen, je weniger ihre Maßnahmen von anderer Seite schlecht gemacht werden. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Antij.)
hofft von der Marine stärkeren Schutz der im Auslande lebenden Deutschen.

Abg. Wassermann (natlib.):
Nach den Bemerkungen des Herrn v. Stumm halte ich es für angeeignet, unser Einverständnis mit der Erklärung des Staatssekretärs ausdrücklich hier zu betonen. (Beifall.)

Abg. Groeber (Chr.):
hält das Eintreten der Behörden für die sog. staatsverfallenden Partei für unzulässig.

Abg. Richter (Fr. Wg.):
Für Aufbesserung der Löhne werden wir stets zu haben sein. Das Spitzeln verurteile auch ich, aber Kollege Mollenbühr hat bisher keine Beweise dafür vorgebracht.

Abg. Graf Kinkowstroom (kons.):
räumt der Regierung das Recht ein, gegen die unfeindlichen Tendenzen der Sozialdemokratie Front zu machen. Die Charakterisierung des Herrn Singer durch den Erlaß ist ganz zutreffend. Für uns sind Deutschland und Monarchie unzertrennbare Begriffe. Nur über unsere Leichen geht der Weg zur Republik. (Achtung links.) Auf dem Lande verbergen sie ihre Gesinnung. Wenn Gegenkandidat, Herr Braun-Memel, hat erklärt, er sei königstreu. Sie verlieren ihre Anhänger, wenn die Behörden endlich einmal gegen sie vorgehen.

Abg. Freiherr v. Stumm (Reichspartei)
bleibt dabei, daß die Marineverwaltung keine politischen Sozialdemokraten in ihren Diensten behalten darf. Die Mitwirkung der einzelnen Parteien ist eine viel gefährlichere Wahlbeeinflussung, als die Fleusierung eines Beamten.

Abg. Singer (Sozialdemokrat):
Die Aeußerungen der beiden Vordredner zwingen mich zu einer kurzen Erwiderung. Mit Ausnahme der Herren von der Rechten haben alle übrigen Parteien ein Eingreifen von Beamten bei politischen Wahlen, wie es der Tagesbefehl zeigt, entschieden verurteilt. Herr v. Stumm hat aber hier herausgefunden, es handle sich nur um einen Akt. Ich bin nicht erstaunt, daß Herr v. Stumm mit Herrn Tirpitz nicht übereinstimmt. Charakteristisch für ihn ist es auch, daß er es nicht vermag, in einer Art verheerter Demuciation (Unruhe rechts, Glode des Präsidenten.)

Abg. Singer (verfahrend):
Daß Herr v. Stumm es verstanden hat, über den Staatssekretär hinaus an eine höhere Stelle zu appellieren. Wenn Sie die Sozialdemokraten aus den Reichsbetrieben entfernen, wenn man auch in der Privatindustrie, wie Herr von Stumm meint, keine Sozialdemokraten mehr beschäftigen soll, so müssen Sie demnächst auch Gesetze erlassen, daß die Sozialdemokraten keine Steuern mehr zu bezahlen und keine öffentlichen Pflichten mehr zu erfüllen brauchen. Es ist kaum der Mühe wert, den thalassischen Verhältnissen gegenüber, sich mit solcher Behauptungen herumzukreuzen. Wir haben wiederholt ausgeführt, daß wir innerhalb der heutigen Verhältnisse durchaus nicht Feinde des Reichs sind. Aber wir haben niemals behauptet, daß wir Monarchisten sind. Und was das Wort des Herrn von Kinkowstroom anlangt: Nur über unsere Leichen geht der Weg! Nun: Ueber welche konservativen Leichen ist denn 1866 die Zertrennung einiger Monarchien erfolgt? Ihr alter Wahlspruch bleibt oben: Und der König abfolat, wenn er unsern Willen hat! Sie haben es durchaus nicht nötig, anderen ihre antimonarchische Gesinnung vorzuhalten. Wenn die Herren behaupten, wir hätten unsern Kulminationspunkt überschritten, so beweisen die letzten Wahlen das Gegenteil. Auch auf dem Lande gehen den Leuten (schlechte) die Augen auf über das Treiben der Agrarier und der Reaktion. (Unruhe rechts.) Die Aeußerung von Braun-Memel kann nur ironisch gemeint sein. Im übrigen: es wird Ihnen nicht gelingen, die Mißbilligung des Reichstags in betreff des Tagesbefehls durch Fallos und Intra gegen die Sozialdemokratie zu verwickeln. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. von Stumm (Rp.):
Die Erfolge der Sozialdemokratie auf dem Lande beweisen nur, wie notwendig ihre Bekämpfung mit allen gesetzlichen Mitteln ist.

Abg. Graf Kinkowstroom (kons.):
Die Aeußerung des Herrn Braun-Memel war keineswegs ironisch gemeint. Die Sozialdemokratie ist nur deshalb auf dem Lande zu steigen begriffen, weil sie ihre wahren Ziele verbirgt. Ohne weitere wesentliche Debatte wird hierauf der Etat der Marine-Etat bewilligt.

Hierauf verlagst sich das Haus.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Antrag Bachem über Abänderung des Posttarifs. Etat für Kautschou, Postetat.)
Schluss 9 Uhr.

x- Im Abgeordnetenhaus beherrschten am Montag die Agrarier ausschließlich das Feld: man konnte die verschiedensten Sorten der großen agrarischen Gruppe kennen lernen. Außer den konservativen Bünzlern traten heute Ultramontane, Nationalliberale und sogar ein freisinniger Agrarier, der letztere in der Person des Herrn Ehlers auf die Bühne. Beim Etat der Domänenverwaltung wurde des längeren und breiteren über Arbeiterwohnungen verhandelt. Die Landproletarier haben im preussischen Abgeordnetenhaus keine Vertretung. Es konnte also vollkommen unumwunden bleiben, als Freiherr v. Erffa die Kühne Behauptung aufstellte, daß im Durchschnitt die Arbeiter auf dem Lande viel besser wohnen als in der Stadt. Der freisinnige Abg. Dr. Hirsch hatte eine Enquete über die gesamten Arbeiterverhältnisse auf dem Lande angeregt. Herr Gamp hielt eine solche Enquete für überflüssig und auf den Jura von links: „Sie haben wohl Angst?“ antwortete er mit einem großen Loblied auf die eigene werthe Person und die Fürsorge, die er auf seinen Hüttern den Arbeitern angedeihen lasse. Eine besonders traffe Behauptung stellte der Abg. Szynula vom Centrum auf, der erklärte, es gäbe in ganz Schlessen überhaupt keine menschenwürdigen ländlichen Arbeiterwohnungen. — Beim Etat der Landwirtschaftsverwaltung wurde die agrarische Debatte mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt. Hier führten vor allen die Centrumsagrarier Graf Strachwitz und Herr v. Gynatten das große Wort. Man konnte wieder einmal hören, daß es keine Fleischnot gebe und daß die Regierung, die zwar schon viel für die Landwirtschaft gethan habe, nun auch zu den großen Mitteln greifen müsse. Für den Grafen Strachwitz bestanden diese großen Mitteln in erster Linie in einer Revision der Handelsverträge, d. h. in einer Vertenerung der Konsumgegenstände für die arbeitende Klasse. So sieht die Volkstümlichkeit der Ultramontanen aus. Auch über den Zucker und die amerikanische Konkurrenz, die ihm drohe, wurde viel geredet. Herr v. Erffa aus der Zuckerprovinz Sachsen wünschte den Zucker in die Soldatenmahrung eingeführt und behauptete dabei, daß die tägliche Marschleistung der Infanterie etwa um 5 Kilometer steigen würde. Hätten die „Kerle“ in den Kasernen aber erst mal Zucker geleckt, dann würden sie auch späterhin auf diesen Genuß nicht mehr verzichten wollen und die Zuckerindustrie könnte ihren Zucker im Lande los werden. Aber nicht nur unseren Rekruten, auch den Schweinen solle das Leben verjüht werden, um die Zuckerindustrie vor einem Krach zu bewahren. Der Landwirtschaftsminister teilte mit, daß die Schweinemästung mit Melasse und Zucker außerordentlich günstige Resultate ergeben habe. Zum Schlusse entpuppte sich, wie gesagt, Herr Ehlers als freisinniger Agrarier! Die Viehzölle und die Maßregeln zur Hebung des Zuckertoums erfreuten sich seiner Billigung. So sieht die freisinnige Opposition gegen die Agrarier im Abgeordnetenhaus aus.

Nachrichten aus Magdeburg.

— Mit welchen Vorurteilen man in gewissen Kreisen der Arbeiterbewegung gegenübersteht, geht aus den letzten

Verhandlungen der Stadtverordneten hervor, worüber wir heute in einem Schlusartitel berichten. Der Herr Oberbürgermeister unterschob den Sozialdemokraten die Absicht, sie könnten eines Tages zu Gunsten der Volksschule auch die Gymnasien abschaffen; der Herr Schurat Platen that so, als ob die Eltern derjenigen Kinder, die sich dem Lehrer und der Schule gegenüber roh und unfähig benehmen, der sozialdemokratischen Partei angehören und will bemerkt haben, daß die Armen leichter ihr Geld verdienen, als die Reichen. Wenn solche Anschauungen am grünen Tische verlaublich sind, dann kann niemand Wunder nehmen, die Aeußerung des Stadtverordneten Jaensch; er kenne Arbeiter, die lieber für Streikworte und dergl. Geld vergenden, als ihren Kindern etwas ordentliches lernen zu lassen. Solchen reaktionären Anschauungen gegenüber haben die sozialdemokratischen Vertreter einen schweren Stand. Und die Absicht, sie durch Schlusanträge mundtot zu machen, ist ebenso durchsichtig, wie das Verlangen der Magdeburgischen Zeitung, die Ausführungen unserer Vertreter zu verpöhlen. Was durch diese Praktiken erreicht wird, werden die Herren ja sehen. —

— Die 4. öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 2. Februar 1899, nachmittags 4 Uhr, hat folgende Tagesordnungspunkte zu erledigen: 1. Schluß der Verhandlung des Privatmanns Melchner auf dem Südfriedhofe mit einem Denkmal nebst Einfassung und Gitter. 2. Herstellung eines neuen Abflusses des Nordfriedhofes an der Böttcherstraße. 3. Fluchtlinien Plan für eine zwischen Berg- und Hefelichstraße anzulegende Verbindungs-Straße. 4. Bebauung des Grundstücks Kartenblatt 10 Abschnitt 88 an der Großen Diesdorferstraße. 5. Einziehung des Fußweges von der Friedensstraße nach der von Mülken u. Schödel angelegten Verbindungsstraße. 6. Anlage und Bebauung der Straße 16 des Bebauungsplanes der Wilhelmstadt. 7. Hochbau-Haushaltsplan für 1899. 8. Tiefbau-Haushaltsplan für 1899. 9. Haushaltspläne des Gaswerks, des Wasserwerks und der Werkstatte der Gas- und Wasserwerke für 1899. Hierauf folgt eine nicht öffentliche Sitzung. —

— Wie die Hausagrarier die eigentl. ihnen zuzehörenden Mieten auf die Mieter abwälzen und wie sie damit die **Wohnungsmitler erhöhen**, dafür ist uns folgendes Schreiben ein Beweis, welches der Besitzer eines Hauses in der Neuhaldenslebenstraße seinen Mietern zugesandt hat: „Wie Ihnen bekannt ist, bin ich bisher meinen Mietern insofern entgegen gekommen, als ich Ihnen für jede Etage eine Flurlampe anschaffte. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß zwischen den einzelnen Mietern Streit entstand, indem der eine die Lampe schmutzig, der andere rein, der eine mit Del und Docht, der andere ohne Del und Docht weitergab. Ich teile Ihnen deshalb hierdurch ergeb. mit, daß von jetzt ab jeder seine eigene Lampe zur Flurlampentlichtung zu halten hat und ich keine Lampe mehr abgebe.“

— Als Delegierte zum 5. **Verbandstag der Maurer**, der in Berlin abgehalten wird, sind aus Magdeburg und Umgegend folgende Personen gewählt worden: Schöck, Magdeburg, Voigt, Magdeburg, Wittgenmann, Dönnstedt, Koch, Groß-Ottersleben, Bliz, Niederbudenleben, Prievenow-Nienhaldensleben, Bohn-Stendal, Virensfeld-Cueddingen, Schwarz-Castfurt, Ritter-Catze, Seifert-Wurg. —

— Heute (Mittwoch) müssen die letzten Anmeldungen zur **Neuentwertungskammerrolle** erfolgen. Die Meldepflichtigen der Buchstaben X, Y, Z haben sich um 1/2 9 Uhr einzufinden. —

— **Verhaftet** wurde ein Hausdiener, der im Verdacht steht, große Warendiebstähle in einem hiesigen Posamentengeschäft verübt zu haben. —

— Seit dem 21. Januar d. J. hat sich die 23jährige Tochter des gerichtlichen Taxators zc. C. Krause hat in einem Unfall geistiger Umnachtung die elterliche Wohnung verlassen und hat wahrscheinlich den **Tod in der Elbe gefunden**. Der unglückliche Vater bittet bei etwaiger Landung der Leiche um sofortige Nachricht; die entstehenden Kosten wird er gern vergüten. —

— Eine **Alkoholvergiftung** zog sich der 12jährige Knabe Richard A. zu, der mit seinem Vater spazieren gegangen war und von

diesem Branntwein in größeren Mengen zu trinken bekommen hatte. Der Erkrankte fand Aufnahme im altstädtischen Krankenhaus. — Der Briefträger **Albert B. Karb** plötzlich in einer Droschke, mittelst deren man ihn nach dem Krankenhaus überführen wollte. —

Nachrichten aus der Provinz.

Barby, (Diphtheritis.) Hier sind in den letzten Wochen so zahlreiche Diphtheritis-Erkrankungen vorgekommen, daß eine Klasse der städtischen Schule geschlossen werden mußte. —

Naumburg, (Das Ende eines Profetars.) In Linstedt erkrankte sich in einer Scheune ein Bettler, dessen Verunslichkeit nicht festgestellt werden konnte. —

Sangerhausen, (Wichtige Notiz.) Der Aecht Vitus warf beim Abgeben von Erde fortwährend dieselbe aufschleuderte nach seinem schwachmüthigen Mitarbeiter Karl Sieben. Als der alte Vater des letzteren dem Vitus diese Notiz unterlagte, wurde er von diesem mit dem Peitschenhaken einige Male berast über den Kopf geschlagen, daß er vom Wagen herabfiel und überfahren wurde. Den Verletzungen erlag der alte Mann sofort. Der rohe Patron ist verhaftet. —

Weiskensfeld, (Warnung.) Nicht genug kann vor der Ausföhrung abenteuerlicher Pläne gewarnt werden. Ein Sohn des im Nachbarorte Wetterzeube wohnhaften Hallestellenaufsehers Langhammer hatte sich bei der Wanderung an der französischen Grenze leichtsinniger Weise für die Fremdenlegion in Algerien anwerben lassen und war dann bei einem Fluchtversuche abgefaßt worden. Ein Besuch seines Vaters an die preussische Regierung, Schritte zur Entlassung des Sohnes einzuleiten, hatte keinen Erfolg, da dieselbe nicht in der Lage ist, ihren Einfluß geltend zu machen, wenn der junge Mann bei seinem Eintritt in die Fremdenlegion schon das 18. Lebensjahr überschritten hat, wie es hier der Fall war. —

Nachrichten aus dem Reich.

Wnigberg i. Pr. (Unfall auf dem Eise.) In dem Dorfe Warupshen bei Rhein soll auf dem Eise beim Schlittschuhlaufen eine Menge Kinder eingebrochen sein. 20 sollen ertrunken sein. —

Noburg, (Sensationaler Selbstmord. Verunglückt.) Zu dem Gerachtarten Deslan hat sich der praktische Arzt Dr. Groß mit Morphium vergiftet. Das Motiv soll ein Prozeß sein, der von einem Fabrikbesitzer gegen ihn angestrengt worden ist, weil er infolge falscher Diagnose die dauernde Steifheit eines Armes verschuldet hatte. — In der Porzellanfabrik von Gebr. Koch in Neustadt wurde der 23jährige Arbeiter Müller aus Roth von dem heranziehenden elektrischen Fahrstuhl erfaßt und entsechtlich verunmündet. —

St. Wendel, (Eisenbahnunfall.) Montag morgen entgleiste auf Bahnhof Rommweiler ein Dritterklassenwagen eines Arbeiterzuges und fiel um, wobei 3 Personen leicht verletzt wurden. —

Wolfsbittel, (Drei Arbeiter verunglückt.) Beim Abtragen des sogenannten Apfelsberges wurden drei Arbeiter durch herabstürzende Erdmassen verunglückt. Als man die Verunglückten wieder zu Tage förderte, waren sie bereits tot. —

Kleine Chronik.

Eine in Berlin abgehaltene Gedächtnisfeier zu Ehren Egydi war von über 2000 Personen besucht. —

Zu der staatlichen Patronenfabrik zu Douai (Frankreich) erfolgte Freitag vormittag eine Explosion, durch welche drei Personen schwer verletzt wurden. —

Erschossen hat sich in Pest der ehemalige Oberleutnant von Boser, der wegen Wechselfälschungen in Untersuchungshaft saß. —

In dem Bergwerk „Lalia“ in der Nähe von Magarron hat eine Gasexplosion stattgefunden. Vierzehn in der Grube befindliche Arbeiter sind ums Leben gekommen. —

Ein Privattelegramm meldet dem Berliner Tageblatt aus Neapel, daß sich der dem dortigen deutschen Aquarium attachierte Zoologe Dr. Carl Schlein aus Sangerhausen erschossen hat. Der Grund für die verzweifelte That war, daß seine Frau ihn verlassen hat. —

Verichtigung. Im Verammlungsbericht der Konfessions-schneider heißt es: Eine dem Ringe angehörende Firma hat bereits bewilligt. Es muß heißen: Eine dem Ringe nicht angehörende usw. —

Fernsprecher 1339 **Wolf Seelenfreund** **Fernsprecher 1339**

Eingang an der Fontaine **Magdeburg** **Breiteweg Nr. 66**

Besonders vorteilhaftes Angebot.

Kaffeeservice mit Unterglasurmalerei f. 6 Personen	1.80 Mk.	Salz- und Mehlmetzen, blau Zwiebel	38 Pf.	Glas-Teller mit Oliven	Stück 5 Pf.
Tafelservice, fein dekoriert, für 6 Personen	11.50 Mk.	Vorratsbüchsen, Eisenbeinfarbe	20 Pf.	Glas-Schalen mit Kugel und Stern, groß	25 Pf.
Waschservice, 5 teilig, bunt	2.75 Mk.	Essig- und Oelkrüge, Eisenbeinfarbe	12 Pf.	Glas-Zuckerkörbe, gepreßt	12 Pf.
Satz-Salatiören, (6 Stück)	68 Pf.	Teller, tief und flach	5 Pf.	Käseglocken mit Kugel und Stern	35 Pf.
Satz-Milcktopfe, Zwiebelmuster (6 Stück)	1.25 Mk.	Grosse Bouillon-Tassen	10 Pf.	Weingläser, glatt	8 Pf.
Wasserkrüge, bunt	Stück 35 Pf.	Neateiler	Stück 3 Pf.	Carlsbader-Gläser mit Goldrand	8 Pf.

Burg. Ein kleiner Garten wird zu mieten gesucht. M. Thomas, Ehrhardsberg 2.
Burg. Junge Mädchen für die Damenschneiderei gebl. erlern. Margarethe Brante, Neust. 6, I.
Eine Schlafstelle sofort zu vermieten. Georgenstraße 10, part.

Gesucht werden:
Unerfahrener Arbeitsnachweis der **Gewerkschaften Magdeburgs** (Kleine Klosterstraße 15/16): Tischler, Stellmacher, Klempner, Feilenhauer, Schmiede und Schlosser auf Bau und Gitter.
Es suchen Stellung:
Unerfahrener Arbeitsnachweis der **Gewerkschaften Magdeburgs** (Kleine Klosterstraße 15/16): Formner, Maschinenschlosser, Gelbgießer, Schuhmacher, Bäcker, Drechsler, Buchbinder und Arbeiter für jede Arbeit.

Küchenzettel der Magdeburger Volksschulen
Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.
Mittwoch: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Binsenfuppe mit Rindfleisch.
Freitag: Kartoffelbrei mit saurer Sauce und gebratener Leber.
Sonntabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

Küchenzettel des Reservisten- und Damenheim's, Breiteweg 82, 1 Tr.
Mittwoch: Brühsuppe mit Reis, Kalbsfleischsuppe und Salzkartoffeln.
Donnerstag: Legierte Suppe, Hammelbraten, Salzkartoffeln und grüne Bohnen.
Freitag: Kartoffelsuppe, Schellfisch, Senfbutter und Salzkartoffeln.
Sonntabend: Weiße Bohnensuppe, Rindfleisch, Salzkartoffeln und Meerrettigauce.

Suche und Buchstins
liefert billig und in reicher Auswahl
Oscar Bruch, Kaiserstr. 12.

Därme
zum Hauschlachten empfiehlt
Carl Niewerth
8 Kronprinzenstraße 8.

Ballschuhe
in großer Auswahl empfiehlt zu billigsten Preisen
Adolf Diesing
Alte Markt Nr. 3 u. 4.

C. Klemt
Zaloußen-Fabrik
Wünschelburg i. Schleif.
empfehlte seine 8 mal prämi. neuartigen Holzrouleaux.
Zaloußen u. Kolläden.
Preisblatt gratis.
Agenten
zur Privatkunden allerorts gesucht.
Freundliche Logis Grünstr. 14 a, II.
Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Patentschritte beziehen zu wollen.

Jeder neue Leser der Volksstimme

Bedeutet eine Steigerung der Macht und des Einflusses des um seine Befreiung aus dem Joche des Kapitalismus ringenden Proletariats. Jeder für die Volksstimme gewonnene neue Abonnent erleichtert der Arbeiterschaft den Kampf um eine bessere Lebenshaltung und bringt sie ihrem Ziele, der Regelung der Gütererzeugung und Güterverteilung auf demokratischer Grundlage, näher. Wer für die Verbreitung der Arbeiterpresse thätig ist, arbeitet für sich und für seine Familie, für eine bessere Zukunft unseres Volkes und für den Sieg der Arbeit über die Ausbeutung und Unterdrückung. Darum Parteigenossen, Parteigenossinnen, werbet zum Monatswechsel Abonnenten für die Volksstimme. —

Die Beschimpfung der Konfektions-Arbeiter.

Dem General-Anzeiger, unparteiisches Organ für Magdeburg und Umgegend entnommen.
Schneider-Werkstätten.

In Nr. 26 des General-Anzeiger bestrafte ein „Bürger Magdeburgs“ die Einführung — soll wohl heißen: „Wiedereinführung“ — von Betriebswerkstätten in der Schneiderei und erlaube ich mir darauf folgendes zu erwidern: Die Nachteile einer Großwerkstatt sind derartige, daß sich der überaus größte Teil der Arbeitnehmer gar nicht wieder danach sehnt; der Einsender des oben genannten Artikels hat wohl noch nie in einer großen Werkstatt gearbeitet, oder steht wohl der Schneiderei überhaupt fern, wenn er sich so sehr dafür erwärmt. Die Verführung zur **Kohheit**, zum **Trunk**, zu **Unsauberheiten**, jeder Art war nirgend so groß, als in den Betriebswerkstätten der Schneiderei; kein Arbeiter konnte sich vornehmen, einen Tag ruhig zu arbeiten, entweder hatte ein Kollege Geburtstag, oder ein neuer Arbeiter fing an und gab seinen Einstand, oder es lag irgend ein anderer Grund vor — denn eine Gelegenheit fand sich immer — dann wurde ein Faß Bier aufgelegt und mit der Arbeit für den Tag war es vorbei. Versuchte es aber jemand, sich auszuscheiden von diesem Trinkgelage, um Geld zu schaffen für Frau und Kind und Miete, dann wehe ihm! Er wurde **schikaniert bis auf's Blut**, sein Handwerkzeug wurde ihm verstreut, **seine Arbeit zerrissen**, ja, sogar **Schläge** gab es. Kein Meister und keine Polizei, so oft sie auch herbeigerufen wurde, konnte Abhilfe schaffen. Endlich zogen die besseren Arbeiter, gedrängt von ihren Frauen, es vor, in ihren eigenen Wohnungen zu arbeiten, und da kam der schlagende Beweis für die Schädlichkeit der Großwerkstätten — die Leute verdienen Geld und die Werkstattschneider hatten das Nachsehen. Ja, es kam mit der Zeit so weit, daß gute und tüchtige Arbeiter überhaupt nur noch außer dem Hause zu finden waren, während nur junge, ungeübte Kräfte sich auf der Werkstatt aufhielten. Die besseren Arbeiter haben alle freundliche Wohnungen mit kleinen Werkstätten, wo sie sich entweder ein bis zwei Gesellen halten oder einen Lehrling, der ja in einer Großwerkstatt überhaupt unmöglich ist, oder aber sie nehmen sich einen sogenannten Platzgesellen, der für den benutzten Platz eine Entschädigung zahlt. Gerade in diesen kleinen Werkstätten bildet sich unter direkter Leitung des ältesten Arbeiters ein tüchtiger Nachwuchs für jedes feinere Geschäft aus. Nun kommt der Haupttrumpf, den der Einsender des vorigen Artikels anspricht: die Ansteckungsgefahr von den in den kleinen Wohnungen gefertigten Sachen für den betreffenden Kunden! Ich möchte dem „Bürger Magdeburgs“ einmal raten, die Wohnung und die Werkstatt eines kleinen Schneiders zu besuchen, er würde staunen über die Ordnung und Reinlichkeit dabeih, die ja auch aus Rücksicht auf die Arbeit des Mannes geboten ist; ich möchte ihm jerner raten, die Frau und auch die Kinder eines kleinen Schneiders einmal anzusehen, wie sauber und schmutz dieselben gehen! Hierdurch allein schon ist die Ansteckungsgefahr „ausgeschloffen! Aber ich gehe noch weiter, ich behaupte und jeder Fachmann wird es mir bestätigen, daß es ganz unmöglich ist, daß das in Arbeit befindliche Kleidungsstück Ansteckungsstoff aus der Umgebung des Arbeiters annimmt. Dem Publikum und, falls er der Schneiderei fern steht, auch dem „Bürger Magdeburgs“ diene es zur Beruhigung, daß jedes Kleidungsstück während der Verarbeitung 4 bis 5 Mal rechts und links gebügelt werden muß und nach der Fertigstellung wird es abermals 2 bis 6 Stunden abgebügelt und das jedesmal mit einem heißen 12 bis 20 Pfund schweren Eisen. Bei diesem Abziehen und Abbügeln, welches Strich für Strich geschieht muß und bei welchem keine Stelle übersehen werden darf, weil sonst das Kleidungsstück fleckig aussteht, durchziehen die glühend heißen Dämpfe den Stoff vollständig und darf man also wohl behaupten, daß dies die wirksamste und denkbar beste Desinfektion ist. Ich behaupte also nochmals, daß bei einem Stück aus Schneiders Hand jede Ansteckungsgefahr beseitigt ist. Und nun die Vorteile der Großwerkstätten, verehrter Bürger von Magdeburg: Hier ist der **sozialdemokratischen Agitation Thür und Thor geöffnet**, die Leute lassen sich besser beaufsichtigen, man kann besser auf sie einwirken, als in ihren Wohnungen in Gegenwart von Frau und Kind, man kann

besser und leichter die sozialdemokratischen Schriften und Flugblätter verteilen und verlesen — mit einem Wort, **die Sozialdemokratie hat sie besser in der Hand**. Ist das aber der Hauptgrund Ihrer Forderung, verehrter Bürger Magdeburgs, dann bitte — Ein alter Fachmann.

Das ist dieselbe nichtsmüthige Taktik, die der General-Anzeiger auch bei dem Streik der Hafnarbeiter und Bauarbeiter eingeschlagen hat. Die Streiks der Magdeburger Arbeiterschaft sind von Anfang an als sozialdemokratische Machthänge hingestellt worden. Und sozialdemokratische Macht soll auch die gegenwärtige Bewegung der Konfektionsarbeiter sein. Wir gehen auf den Schand- und Schmähartikel nicht ein — er richtet sich selbst. Daß der Magdeburger Arbeiterschaft dieser Faustschlag in das Gesicht verfehrt werden kann, hat sie sich selbst zuzuschreiben — tausende Arbeiter und Arbeiterinnen sind Abonnenten dieses Blattes. Jetzt bekommen sie die Quittung für ihren Unverstand. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Auf den westfälischen Stahlwerken in Bochum haben von den 21 in der Stahlformerei beschäftigten Arbeitern 15 gekündigt. Die Differenzen sind infolge der rigorosen Behandlung eingetreten. Die Beschwerde bei dem Direktor wurde ohne Unterschrift kurz zurückgewiesen. —

Die sämtlichen Kassenärzte der gemeinsamen Ortskrankenkasse in Colmar i. E. zielten am Dienstag ihre Thätigkeit ein. Veranlassung zu diesem Schritte ist die Weigerung des Vorstandes der Ortskrankenkasse in Colmar-Land, mit dem Vorstand des Kreisgesundheitswesens wegen der Abschließung von Verträgen in Verhandlung einzutreten. Die Ärzte verlangen eine Erhöhung ihrer Honorare, die von der Leitung der Kasse nicht zugestanden wird. —

In der Schuhfabrik von Franke in Artern dauert der Ausstand fort. Der Unternehmer versucht, durch Agenten an anderen Orten Arbeiter anzuwerben. —

In der Maschinenfabrik von Fischer u. Wünsch in Dresden legten am Sonnabend vormittag gegen 180 Mann, Schlosser, Dreher, Hobler u., die Arbeit nieder, und zwar wegen Maßregelung eines Arbeiters. —

Ausland.

In Basel streifen die Kaminfegergehilfen, weil ihnen die gestellten Forderungen von den Meistern nicht bewilligt wurden. —

Die Graveure und Guillocheure in Chaux-de-Fonds erzielten auf friedlichem Wege eine Lohnerhöhung von 10 Prozent, worauf die Fabrikanten den Preis für Silbergravuren um 15 Prozent erhöhten und auch anstandslos durchsetzten. Die Herren profitieren also noch 5 Prozent von der Lohnbewegung ihrer Arbeiter. —

Lehrer und Militäranwärter. In der Pfälzer Post lesen wir folgende interessante Zusammenstellung: Zur Bewerbung sind ausgeschrieben: Protestantische Lehrerstelle zu Callbach, Bezirksamt Kirchheimbolanden, Gehaltsbezüge 965,51 Mark (nebst 100 Mark Entschädigung aus der Gemeindekasse für Vernehmung des Kirchendienstes). — Katholische Schulverweiserstelle zu Altheim bei Hornbach. Gehalt 715 Mark nebst freier Wohnung im Schulhause. — Protestantische Schulverweiserstelle zu Queichheim bei Landau. Gehaltsbezüge 855 Mark. Dagegen ist der Stellenliste für Militäranwärter zu entnehmen: Eine Gefüßwärterstelle beim 1. Land- und Stammesregiment Zweibrücken, 840 Mark Gehalt, 60 Mark Zulage. — Eine zweite Amtschreiberstelle beim 1. Bezirksamt Kaiserslautern, 1080 Mark Gehalt, 60 Mark Zulage. — Ein Gefüßwärter erhält auf Grund des Zivilversorgungsscheines 900 Mark, ein Lehrer 715 Mark. Wir eilen jedoch dem Ende des 19. Jahrhunderts zu. —

In der Berliner Gewerkschaftskommission wurde der **Boycott des Lokal-Anzeigers** gut geheißten. Der Vorsitzende des deutschen Buchdrucker-Verbandes, Dublin, bemerkte u. a., eine Vereinigung von Kleingewerbetreibenden des Südwestens habe ihre Mitglieder aufgefordert, sich der von der Volksversammlung gefassten Resolution anzuschließen und nicht mehr im Lokal-Anzeiger zu inserieren, denn bei einem Boycott seitens der Arbeiter hätten die Kleingewerbetreibenden am meisten zu leiden. Bravo erscholl einstimmig aus dem Munde der Delegierten. —

Bericht

des Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu Magdeburg für das Geschäftsjahr 1898.

Bearbeitet vom Stadtrat Reimarus.

Im Geschäftsjahr 1898, dem sechsten Jahre seit Bestehens des Gewerbegerichts zu Magdeburg, sind zu verzeichnen anhängig gemachte Klagen: von Arbeitgebern gegen Arbeiter 14, von Arbeitern gegen Arbeitgeber 704, von Lehrherren gegen Lehrlinge 2, von Lehrlingen gegen Lehrherren 13, zusammen 733 gegen 645 im Jahre 1793, 744 im Jahre

1894, 592 im Jahre 1895, 735 im Jahre 1896, 801 im Jahre 1897.

Ihre Erledigung haben die 733 Klagen in folgender Weise gefunden: 1. nach vorausgegangenem mündlicher Verhandlung: durch Verjäumnisurteil 83, durch Urteil auf Auerkenntnis 9, durch andere Endurteile 847, durch Vergleich 165, auf andere Art 37, Summa 591. 2. ohne mündliche Verhandlung: durch Zurücknahme der Klage 76, auf andere Art 60, zusammen 733.

Das Verhältnis der erhobenen Klage nach dem Werte des Streitgegenstandes stellt sich folgendermaßen: Klagen mit einem Streitgegenstande von 1 bis 10 Mark 163, von 10 bis 25 Mark 206, von 25 bis 50 251, von 50 bis 100 82, von 100 bis 200 15, von 200 bis 500 12, von 500 und mehr 4, zusammen 733.

Erfolg der Klagen: 28 Verjäumnisurteile nach dem Klageantrage, 5 Verjäumnisurteile nach dem Antrage des Beklagten.

Nach kontradiktorischer Verhandlung 167 Fälle nach dem Klageantrage, 138 Fälle abgewiesen, 42 Fälle zum Teil nach dem Klageantrage, zum Teil abgewiesen.

Von den erhobenen Klagen gehörten 243 zur Kammer 1 und 490 zur Kammer 2.

Es haben 94 Sitzungstage stattgefunden unter Zuziehung der Beisitzer. Die Zahl der Beweisbeschlüsse betrug 150. In sechs Fällen ist Berufung eingelegt. Die Entscheidungen des Gewerbegerichts sind in einem Falle abgeändert, in den anderen Fällen bestätigt.

Laufende Ausgaben sind folgende zu verzeichnen: an Entschädigung für die Beisitzer 1206 Mark, an Gebühren für Zeugen und Sachverständige 126 Mark, für Formulare 50 Mark, zusammen 1382 Mark. Die Einnahme betrug: an Gerichtskosten 532 Mark, an Strafen 30 Mark.

In 103 Fällen waren die Gerichtskosten nicht beizutreiben. Straffestellungen gegen Beisitzer wegen Ausbleibens in der Sitzung sind zwei Mal erfolgt, in dem einen Falle ist die Strafe wegen nachträglich beigebrachter ausreichender Entschuldigung niedergefallen. Gegen Partei und Zeugen sind drei Mal Strafen festgesetzt; in einem Falle ist der Strafbetrag eingezogen, in anderen Fällen ist die Strafe niedergefallen; in dritten Falle war die Strafe nicht beizutreiben, so daß die substituierte Haftstrafe zur Anwendung gelangen mußte. —

Gemeinde-Zeitung.

Verammlung der Stadtverordneten in Magdeburg.

(Schluß.)

Stadtv. Haese betonte dem Stadtv. Schmidt gegenüber nochmals seine Freundschaft zur Volksschule; man könne doch aber einer Idee zu liebe nicht das Schulwesen von Grund aus umändern. Sodann bekämpfte Stadtv. Haese die vom Stadtv. Raßbach gewünschte Erhöhung des Schulgeldes für Kinder außerhalb Magdeburgs wohnender Eltern. Was die Lehrer angeht, so könnte sich der Herr Oberbürgermeister beruhigen, sie würden sich durch keinerlei agitatorische Versuche aufregen lassen; ihre Sache würden sie schon selbst vertreten.

Stadtv. Sombart fährt aus, daß die Magistratsvorlage alle ethischen Interessen wahr, aber zugleich Rücksicht auf unsere kommunalen und finanziellen Verhältnisse nimmt. Zwar habe der Magistrat zu bedenken, daß seine Zahlen nicht absolut richtig sind, sie seien aber jedenfalls richtiger als die gemuteten Zahlen des Herrn Schmidt. Nebner erklärte sich theoretisch für die Volksschule, sei aber dagegen, daß dieselbe hier mit einem Male eingeführt werde. Das würde der Stadt um eine Viertelmillion jährlich mehr kosten, die aus den Taschen der wohlhabenden Leute genommen werden müßte. Er vertritt unter allgemeiner Volksschule nicht die neunstufige Schule, sondern nur den allgemeinen dreistufigen Unterbau des ganzen Schulwesens; drei Jahre sollten die Kinder aller Stände nebeneinanderlernen und sich kennen und verstehen lernen. Ein besonderer Vorzug sei die Beibehaltung der wohlbewährten Einrichtung der Bürgerhäuser und die Hebung der Volksschule durch Einführung der 7. Stufe. Mit dieser Hebung würde unser blühendes Schulwesen, das auf einer erfreulich hohen Stufe stehe, einen wesentlichen Schritt vorwärts thun. Schließlich regt Nebner die Einführung einer fremden Sprache in einer oder zweien der neuen Schulen an.

Stadtv. Schmidt 4 entgegnet dem Oberbürgermeister, daß er ihn heute als einen tüchtigen Redner schätzen gelernt habe, der seine Ansichten mit Energie vertritt, hätte aber nicht geglaubt, daß er einem anderen Redner gegenüber, der doch auch nur seiner Meinung Ausdruck giebt, von „Redensarten“, „Reden“, „aufreizenden“ und „agitatorischen Fuhals“ sprechen würde. Würde der so Angegriffene den Spieß umdrehen und dieselben Worte auf die Reden des Oberbürgermeisters anwenden, die Klingel des Vorsitzenden würde ihm Hindernis bereiten. Ueberdies haben wir nicht nötig zu agitieren, für uns agitieren die Verhältnisse — sagte Nebner unter andauernder Annäherung der Versammlung. Sombart ging Stadtv. Schmidt auf einige Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters ein, denn er vorwarf, daß er die pädagogischen Forderungen der Sozialdemokraten gar nicht kenne (Das Programm der Partei und Erläuterungen hierzu sind in der Buchhandlung Volksstimme käuflich. D. N.), wie könne sonst behauptet werden, daß wir auch die Abschaffung der höheren Schulen fordern. Ihm und dem Stadtv. Sombart entgegenetzte Nebner, daß er als Unterbau unseres Schulwesens eine mehrstufige Volksschule wünsche, auf der sich dann wiederum mehrstufige höhere Schulen aufbauen. Der Uebergang aus dem gemeinsamen Unterbau in die Erziehungsschulen habe durch Verlegung in die höheren Schulen durch Neisprüfung zu erfolgen. Der Geldbeutel des Vaters solle nicht entscheiden, sondern die Fähigkeit des Kindes. Natürlich müssen auch die Lehrmittel unentgeltlich geliefert werden. Diese Forderung wolle aber Nebner heute nicht stellen, damit sein Antrag nicht ganz aussichtslos bleibe. Auf die Behauptung des Oberbürgermeisters, daß durch Annahme des Antrages Schmidt 4 das Niveau der Bürgerhäuser herabgedrückt würde, sagte Nebner: Dieser Befehl teile ich nicht. Durch die Umwandlung der Mittelschulen in Volksschulen werden die Lehrer auf ein höheres Niveau gestellt. Der Unterricht wird ein umfassender. Die Durchbrechung des allgemeinen guten Unterrichts für alle Kinder ist dann befristet. Und dies ist die Rücksicht. Unverständlich war dem Redner die Aufzählung der 900 Mark-Censiten, da hiervon gar keine Rede und nur behauptet war, daß die Interessenten nicht die Kosten der gehobenen resp. Bürgerhäuser bezahlen, die Kammereikasse in Anspruch genommen werden müsse, worin doch die Gesamtheit der Steuerzahler ihre Beiträge abstoßen. Auch wurde so getan, als ob nur die Kinder der 900 Mark-Censiten die Volksschule besuchen und... Der Ermeren und mittleren Bevölkerung gar nicht erwähnenswert seien (ca. 1/2 der Censiten haben in Prof. ... im Einkommen von 900—2400 Mark. Der Bericht erstatter); auch wurde hervorgehoben, daß dem Armen die Steuern

Schwerer denken als dem Reichen. Schließlich erklärte sich Mebner auch damit einverstanden, daß den Kindern außerhalb wohnender Eltern ein höheres Schulgeld abgenommen werden könne, da es in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen hiesiger Schulkinder stände.

Stadtschulrat Platen stand auf dem Boden der Vorlage, die er gleich dem Oberbürgermeister über den Schellenhaus lobte. Wenn Herr Schmidt von den Steuern der armen Leute gesprochen, so sei zu entgegnen, daß diese Steuern doch nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedekten. Gegenüber der Behauptung des Stadtschulrats, daß diese Steuer den Leuten sehr drückend seien, erklärte Mebner, daß viele von den Wohlhabenden sehr schwer erwerbten und arbeiten müßten und es sich sehr sanfter werden lassen, saurer als mancher Arbeiter, der sich nicht zu Tode arbeitet, wie er vielfach beobachtet habe. Wenn Herr Schmidt etwas thun wolle, so möge er einwirken auf die Eltern, die sich sonst nicht um ihre Kinder kümmern, deren Moshellen und Unfähigkeiten Lehren und der Schule gegenüber in Schutz nehmen. (Ruf von sozialdemokratischer Seite: Sind denn das alles Sozialdemokraten?)

Stadtschulrat Platen hält die Einheitschule für eine sehr schöne Sache, in die Praxis sei sie aber schlecht umzusetzen. Auch könne Mebner nicht glauben, daß die reichen Eltern ihre Kinder in Klassen mit flehzig Schülern schicken, die Einführung der Volksschule bedeute für ihn die Ausdehnung des Privatunterrichts. Auf die Behauptung des Stadtschulrats, daß den besseren Ständen eine Extravurst geboten werden soll, erwiderte Mebner: daß viele Leute mehr Einkommen haben und mehr ausgeben, als diese reichen Eltern und doch ihre Kinder in die Volksschule schicken. Darunter seien viele Leute, die ihr Geld für Streifs und sonstige Kräfte und Kampfsport ausgeben, aber weniger für ihre Familien sorgen. Andere Hausväter aber darben sich das Schulgeld für ihre Kinder vom Munde ab und schicken ihre Kinder in die Bürgerschule, um ihnen eine bessere Bildung mit auf den Lebensweg zu geben. Er ferne sehr viele solcher Leute. Was die finanzielle Seite der Sache anbetreffe, so müsse er dem Stadtschulrat Recht geben. Die finanzielle Seite der Vorlage ist nicht genügend gewahrt, sie ist unklar, drückt sich ungewiß aus, und hätte ausgedehnt werden müssen. Man solle sich nicht täuschen lassen. In Zukunft würden höhere Zuschüsse gefordert werden. Mebner regte eine Erhöhung des Schulgeldes an.

Stadtschulrat Schmidt wollte auf die Worte des Stadtschulrats Platen über die Steuern der Armen und deren Arbeit nicht eingehen, das seien goldene Worte, die unergütlich bleiben. Was die Noth der Eltern anbetreffe, so wisse er darauf hin, daß seine Partei ihren ganzen Einfluß aufbiete, um die Eltern zur vollsten Erfüllung ihrer Pflicht den Kindern und der Schule gegenüber anzuhalten. Er müsse übrigens daran erinnern, daß gegenüber den Beschwerden über hohe Eltern bei den Schulbehörden auch die Beschwerden über gewisse Pädagogen ständen. Er habe aber auch diese im Interesse der Schule bis auf zwei unterdrückt.

Stadtschulrat Platen erwidert, er habe nur von „manchen“ Arbeitern, nicht allgemein von den Arbeitern gesprochen und nicht die Noth der Eltern, sondern die der Kinder im Auge gefaßt, die von den Eltern beschützt werden. Für diese lieferten die Eltern viele Beweise. Und nun der Schlusssatz: Stadtschulrat Stern stellt fest, daß nach nie ein Schlagwort mit agitatorischer Bestimmung so schlagend widerlegt worden sei, wie die Behauptung des Stadtschulrats Schmidt, daß die Armen die Kosten für die Schulen der Kinder der Reichen mitbezahlen, durch den zahlenmäßigen Nachweis des Oberbürgermeisters. Das Schlagwort sei dadurch in seiner ganzen Nichtigkeit aufgedeckt worden. Herr Schmidt sei zu klug gewesen, um den erfolglosen Versuch einer Widerlegung dieser beweisfähigen Thesen zu machen; er habe sich als geschickter Fechter erwieisen und die Frage verschoben. Diese Frage lautet, ob die Steuerzahler mit 900 Mark Einkommen und weniger irgend jemals in die Lage kommen könnten, zu den Kosten der Bürgerschulen beizutragen. Diese Frage sei beweisträchtig verneint worden. Diese Steuerzahler könnten die Kosten der Volksschulen nur zum Teil aufbringen und müßten die Bezahlung von mehr als einer Million der Volksschulkosten den Wohlhabenden überlassen. Dies wolle er festnageln.

Damit war die Debatte geschlossen. Sämtliche Anträge des Stadtschulrats Schmidt wurden abgelehnt, dafür stimmten nur die Stadtschulräte Sternmann, Gärner, Schmidt 4 und Vogt. Die Magistratsvorlage wurde angenommen.

Gerichtliche Urtheile.

Landgericht Magdeburg.

Der schon öfter vorbestrafte Agent Albert Kling aus Neutwegerleben, geboren 1855, bewog im Herbst 1897 einen Landwirt durch Vorspiegelung falscher Thatsachen, ihn mit dem Verkauf von 224 Centner Kartoffeln zu betrauen, die in Säcken franko Bahnhof hier geliefert wurden. Der Kaufpreis war für den Centner auf 2.75 Mark vereinbart und sollte innerhalb 14 Tagen abgeliefert werden. Kling mißbrauchte das Vertrauen und verkaufte die Kartoffeln sofort an einen Rheinischen Händler für 2.28 Mark pro Centner. Den gesamten Erlös verbrauchte er dann für sich und sandte auch dem Landwirt nicht einmal die leeren Säcke zurück. In zwei weiteren Fällen erzwangte sich Kling im Winter 1897/98 von einem Gastwirt 12 Mark als Anzahlung auf zu liefernde Kartoffeln und von einem Handlungsgärtner zusammen 21 Mark Darlehen. Der Gerichtshof erkannte wegen Betrugs in drei Fällen auf ein Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Dienstknecht Otto Krauspe zu Bieritz, geb. 1881, wegen Eittlichkeitsverbrechens mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Der vorbestrafte Hausdiener Fritz Hoffmann aus Helmstedt, geboren 1877, und der Dachdecker Otto Klingner zu Eubenburg, geboren 1880, stahlen am 26. November 1898, abends, nach zuvoriger Verabredung in zwei Lokalen hierselbst je einen Ueberzieher, die sie für zusammen 18 Mark. Die Angeklagten waren geständig und erhielten Hoffmann, der sich wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall befindet, als Mithäter in 2 Fällen 9 Monate Gefängnis, Klingner wegen Zeherei 2 Wochen Gefängnis.

Der Schmiedegeselle Albert Kampff zu Duckau, geb. 1877, stahl einem Freunde, der ihm hiers Geld geliehen hatte, am 22. Dezember 1898 aus der Wohnung 69 Mark Ersparnisse. Der geständige Angeklagte wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Arbeiter Ernst Gebser aus Arnstadt, geb. 1880, erbrach am 25. Mai 1895 in der Wohnung seines Arbeitgebers zu Loburg einen Schrank, um sich angeblich seine darin verwahrten Legitimationspapiere wieder zuzueignen. Daneben lagen 15 Mark, die Gebser ebenfalls mitnahm. Der Gerichtshof strafe ihn wegen einfachen Diebstahls mit zusätzlich einem Monat Gefängnis.

Vor der Strafkammer in Darmstadt fand unlängst eine Verhandlung prinzipieller Bedeutung statt, in der die **polizeilichen Befugnisse der Militärbehörde** für das Großherzogtum Hessen gründlich klargestellt wurden. Zu den von der Militärbehörde verbotenen Lokalen Darmstadts gehört das Gasthaus zur „Wiltbenen Rose“, dessen Inhaber Sozialdemokrat ist. Am 9. Oktober v. J. kam in das Lokal eine Militärpatrouille, um zu revidieren. Der Wirt weigerte sich, die nach seiner Ansicht unrechtmäßige Revision zu dulden und wies den führenden Unteroffizier kurzer Hand aus dem Lokal. Dabei soll er mit einem Druck auf dessen Schulter nachgeholfen haben. Die Folge war auf Antrag der Stadtkommandantur eine Anklage wegen Widerstandes. In der heutigen Verhandlung wurde durch die Zeugenaussagen des Stadtkommandanten Oberst Daum festgestellt, daß allerdings ein Befehl zur Durchsuhung der Wirtschaften gegeben sei, daß aber die Patrouillenföhner angewiesen seien, sich sofort zu entfernen, sobald der Wirt eine Durchsuhung nicht dulden wolle und eventuell die Hilfe der Polizei zu requirieren. Der Staatsanwalt stellt fest, daß nach Artikel 13 der Militärkonvention und nach Artikel 4 und Folge des Gesetzes vom 27. November 1872 die Militärbehörde nicht berechtigt sei, im Großherzogtum Hessen die Revision von Lokalen durch Patrouillen anzubefehlen, und daß alle Garnisonsdienstvorschriften und Wachinstruktionen, soweit sie jenen Bestimmungen nicht entsprechen, für Hessen ungültig seien. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Urtheil, da der Patrouillenföhner sich nicht mehr in der rechtmäßigen Ausübung der Amtsgewalt befunden habe, nachdem der Wirt eine Durchsuhung seines Lokals nicht gestattete. Die Kosten des Verfahrens, auch die der Verteidigung, werden der Staatskasse zur Last gelegt.

Das Schwurgericht in Heilbronn verurtheilte den Rechtsanwält Mohr wegen Mordtath zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Vereine, Versammlungen, Vergütigen.

Mittwoch, 1. Februar:

- Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunden im „Drei Kaiserbund“.
- Arbeiter-Turnverein Magdeburg. Jeden Mittwoch Übungsstunde bei Grotthum. Sangeslustige Arbeiter werden daselbst aufgenommen.
- Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft“, Neue Altstadt. Übungsstunde jeden Mittwoch bei H. Strall, FabrikstraÙe.
- Männer-Chor „Fidelio“, Duckau. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei Dienemann, Coquiststraße 19.
- Gesangverein Gemischter Chor, Duckau. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei G. Walzer, Klosterbergstraße 5. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Turnverein „Vorwärts“ Eubenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.
- Turnverein „Jahn“, Eubenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berthier Bierhalle“, Schöningerstraße 28.
- Gesangverein „Männerchor“, Fernerleben. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei Lausch.
- Männer-Turnverein Westerkirchen. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunde im „Weißen Hirsch“.
- Männer-Turnverein Lemsdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8-10 Uhr Übungsstunde.
- Männer-Gesangverein Gr.-Ottersleben. Jeden Mittwoch abends Übungsstunde bei N. Baate.
- Burg. Gesangverein „Vorwärts“. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei Jesse.

Unterhaltungsteil.

Geächtet.

Nachdruck verboten.

Roman von Ferdinand Hermann.
Wohl war es ihm bei einem flüchtigen Blick, den er in den Hofraum zurückwarf, als sehe er an der Hauswand die Bewegung einer menschlichen Gestalt, als hörte er durch das gleichmäßige Plätschern des Regens hindurch einen Laut wie höhnisches Lachen. Aber wie er auch Augen und Gehör anstrenzte, er vermochte nichts weiter wahrzunehmen, und in dem Glauben, daß ihm seine aufgeregten Nerven einen Eindruck erzeugt hätten, für den in der Wirklichkeit keine greifbare Ursache vorhanden war, kehrte er mit leichtem Herzen, als er vorher herabgestiegen war, in sein Zimmer zurück.
Müncheberg wurde, wie sein tiefer Atem wenigstens vermuten ließ, durch sein Kommen nicht geweckt, und auch Gerhards, der sich kaum Zeit ließ, sich vollständig zu ent-

kleiden, fand infolge seiner tiefen körperlichen Erschöpfung diesmal bald einen Schlaf, der sich bleischer auf sein schmerzendes Gehirn und auf seine brennenden Augen legte.

Ein starkes, rasch wiederholtes Klopfen war es, von welchem Gerhard Amnus am nächsten Morgen geweckt wurde. Er konnte sich den Ursprung desselben nicht sogleich erklären und schaute verwundert in dem Zimmer umher. Er war allein in demselben, und der breite Streifen hellen Sonnenlichts auf der gegenüberliegenden Wand zeigte ihm, noch ehe er einen Blick auf seine Uhr geworfen hatte, an, daß es schon spät am Tage sein müsse. Wie war es zugegangen, daß er die Zeit verstreifen hatte, und warum hatte ihn niemand geweckt? Er griff sich nach der Uhr, die mit kaltem Schweiß bedeckt war und in der er noch immer einen dumpfen Schmerz verspürte; dann machte er eine gewaltsame Anstrengung, um sich zu erheben. Aber in dem nämlichen Augenblick ertönte wieder das harte Klopfen, das ihn aufgeschreckt hatte, und beinahe gleichzeitig wurde die Thür von außen geöffnet.

Ein großer, breitschultriger Mann trat über die Schwelle, er hatte den Hut auf dem Kopfe behalten und setzte den dicken Stock, den er in der Hand trug, sehr ungsanft auf die Dielen. Auch nahm er sich nicht erst die Mühe, die Thür hinter sich ganz zu schließen, sondern ging geradewegs auf das Bett zu und warf dabei einen scharfen, forschenden Blick über das ganze Zimmer.

Am Ende des Bettes blieb er stehen und fragte kurz und barsch:

„Gerhard Amnus?“

Der Gefragte sah ihn mit weit geöffneten, erstarrten Augen an.

„So ist mein Name! — Aber wenn ich fragen darf, mein Herr —“

„Das Fragen wird an mir sein, wenn Sie nichts dagegen haben,“ unterbrach ihn sehr höflich der andere. „Vor allem haben Sie wohl die Gefälligkeit, aufzustehen und mit zu folgen!“

„Nicht früher, als bis ich erfahren habe, wer Sie sind, mein Herr, und mit welchem Recht Sie mir solche Befehle erteilen!“

„Das heißt, Sie verlangen meine Legitimation! Gut, hier ist sie! — Schwarz, Kriminalschutzmann! Nun aber bitte ich, ohne weitere Umstände!“

Er hatte seinen schwarzen Gehrock aufgedrückt und auf ein Messingschild gewiesen, das an seiner Weste befestigt war. Die verwunderte Diene, mit der ihn Gerhard noch immer ansah, machte ihn offenbar verdrießlich.

„Wir haben nicht viel Zeit zu verlieren, mein Welter,“ drängte er. „Es sind Leute da, die sehr dringend wünschen, eine Unterhaltung mit Ihnen zu führen!“

Gerhard fühlte sich durch diese Behandlung seitens des Beamten um so mehr empört, je weniger er sich eine Erklärung darüber zu geben vermochte.

„Wenn dem so ist, so eruchen Sie gefälligst diese Leute, sich zu mir zu bemühen, mein Herr,“ erwiderte er kurz. „Ich stehe jedermann gern zu Diensten; aber selbst, wenn ich mich nicht, wie in diesem Augenblick, sehr krank fühlte, würde ich doch Bedenken tragen, einer Weisung Folge zu leisten, die in solchem Ton an mich gerichtet wird.“

Der Kriminalschutzmann betrachtete ihn mit einem halb mittelbigen und halb geringschätigen Blick.

„Machen Sie doch keine Umstände, werter Freund,“ sagte er mit einer Jovialität, die fast noch unangenehmer klang, als seine vorige Grobheit. „Der alte Wit mit der Krankheit verfährt bei Unreinen nicht mehr, und Ihre große Empfindlichkeit wird sich auch bald genug gelegt haben. Mit solchen kleinen Winkelzügen retten Sie doch nichts mehr, und es wäre am besten für Sie, wenn Sie sich von vornherein zu einem offenen, reumütigen Geständnis bequemen!“

Ja, bin ich denn bei Sinnen? — Zu einem Geständnis? — Herr, wovon reden Sie? — Bin ich denn etwa ein Verbrecher?“

„Es steht mir vorläufig noch nicht zu, Sie so zu nennen; aber ich bin noch viel weniger dazu da, mich in lange Unterhandlungen mit Ihnen einzulassen. Sie wissen, wer ich bin und haben mir ohne weiteres zu folgen.“

Er brauchte seine Aufforderung nicht noch einmal zu wiederholen; denn es hätte Gerhard jetzt auch nicht eine Minute länger auf dem Lager gebuldet. Er hatte sein Unwohlsein, seine Schmerzen und seine Mattigkeit vergessen und nach einem Zeitraum von wenigen Minuten stand er fertig angekleidet vor dem Beamten.

„Kommen Sie!“ sagte er kurz und entschlossen. „Ich will wissen, wer mich zu sprechen begehrt und wer Ihnen ein Recht gegeben hat, mich gleich einem Verdächtigen zu behandeln!“

Der andere lächelte ironisch, während er ihn durch eine Hnndbewegung aufforderte, vor ihm aus dem Zimmer zu gehen.

„Man wird Ihre Wissbegierde rasch befriedigen,“ sagte er, „aber für eine Komödie werden Sie schwerlich ein dankbares Publikum finden!“

(Fortsetzung folgt.)

Großer Inventur-Ausverkauf.

Eröffnete auf kurze Zeit einen das ganze Lager umfassenden **Inventur-Ausverkauf zu staunend billigen Preisen.**
Es kommen zum Verkauf: Tuche, Buckskins, Konfektionsstoffe, Kleiderstoffe, Leinewaren, Bettzeuge, Zulettis, Gardinen, ferner Restlager von Seidenstoffen, Möbelspähschen, Teppiche, Bettvorleger, Tischdecken, Sophadecken, Portiären, Pferdebedecken und verschiedene Kurzwaren wegen vollständiger Aufgabe dieser Artikel. Besonders mache aufmerksam auf große Prosten **hochleganter Kleiderstoffe**, sowie **Stoffreste**, für Knaben-Anzüge und Herrenhosen passend, zu 5-50 % Breiten.

J. Kirstein, Breitweg 131, 1. Etage, Eingang nur **Simmelreichstraße.**



Anfertigung nach Mass

aus den Beständen feinsten Massstoffe innerhalb kürzester Zeit!

Wegen wird **Todesfall** ausverkauft

das bedeutende Lager der Firma
Breiteweg 80/81
Ecke Katharinenstr.

L. Maerker

(Geschäftsbestand seit 1862)

**Herren-, Knaben-
und Arbeiter-Garderoben**
aller Art
zu jedem annehmbaren

Unter anderen:

Konfirmanden-Anzüge

à 8 Mk., 10 Mk., 12.50 Mk. etc.

Herren-Hosen à 2.25 Mk., 3 Mk., 4 Mk. etc.

Herren-Paletots à 9 Mk., 11 Mk., 13 Mk. etc.

Preise.

Jackets

Zwirn-, Lederhosen etc.

Mützen à 20 Pf., Hüte 2.25 Mk., 3 Mk. u. s. W. 285

Knaben-Stoff-Anzüge
in grösster Auswahl

à 2.25 Mk., 3 Mk., 4 Mk. etc.



Lungenkrankheiten

(chronische Katarrhe u. Lungenschwindsucht)

heilbar

durch das vorzüglich wirkende und gänzlich unschädliche 2234

„Glandulén“

Rationellste und wirksamste aller bisherigen Behandlungsweisen, denn es ist derjenige Stoff, womit die Natur im Körper selbst die Lungenkrankungen heilt. Hunderte von geheilten Kranken und Aerzten bestätigen die ausgezeichneten Heilerfolge.

Glandulén wird hergestellt in der Chem. Fabrik von Dr. Hofmann Nachf., Meerane i. S., aus Bronchial (Lungen) Drüsen gesunder Tiere in Tabletten (unangenehme Form des Einnnehmens). Jede Tablette von 0.25 g enthält 0.05 g Glandulén und 0.20 g Milchzucker als Geschmackszusatz. Erhältlich in Apotheken à 4.50 Mark für 100 und 2.50 Mark für 50 Tabl., in Magdeburg: Löwen-Apotheke, Alter Markt. Berichte von Aerzten und geheilten Kranken auf Wunsch gratis und franco.

Heute große Massen:

Fluß-Bänder, } Pfd. 60 Pfg.,
Fluß-Berthe, }
Teich-Karpfen, }
frische Jungen, }

See-Bänder, Pfd. 40 Pfg.,

frische vollfleischige **Fluß-Lachs,**

Cablian-Seelachs-Ausschnitt,

Gr. Dänische Angelfische,

Reinste echte } Große Ware, Stück
} 1.20 Mk., Kle. fette
fieler Spratt! } Ware, Stück 1.40 Mk.

Große Zwotten, } 8 Pfund-Arte
} 1.60 Mk.

La. Fettbücklinge } Stück ca. 1.20 Mk.,
} 50 Stück

Def. Hollmöse, } Dose 80 Pfg.,
} Bismarckheringe,

Sering in Gelbe, }
} Prima Gänsefleisch, Pfd. 50 Pfg.,
} Prima Gänsefleisch, Pfd. 90 Pfg.,

Fette Island Matjesheringe,

La. Brabant Tafelsardellen,

Pfund 1.20 Mk.

ff. getrocknete Morcheln, Pfd. 2.50 Mk.,

ff. getrocknete Trüffel, Pfd. 6.50 Mk.

omleverte, süße, fertige **Diaz. 60 Pfg.,**

Messing-Apfelzinen, Dtd. 60 Pfg.,

Neue Cocosnüsse, Stk. 20 Pfg.,
empfehlen 280

Markworth & Co.,

Tischlerbrücke 23, Breiteweg 253.

Verkaufsstellen: **Buckau, Feldstraße 4,**
Zudenburg, Braunschweigerstr. 11.

Allen Freunden und Bekannten die

traurige Mitteilung, daß unser guter

Sohn und Bräutigam

Bernhard Brennecke

nach kurzem, aber schweren Leiden

sanft entschlafen ist.

Die trauernden Eltern

und Braut **Bertha Köhde.**

Wilhelm-Theater.

Mittwoch, den 1. Februar 1899:

Sein Trid.

Rich. Neumann Buckau.

Inventur-Räumungs-Verkauf.

Sich empfehle:

- Einen großen Posten 180 Cmt. weiter **Kalmuckröcke** Stück nur 65 Pfg.
- Einen großen Posten 200 Cmt. weiter **Kalmuckröcke**, früher 1.25 Mk., jetzt nur 85 Pfg.
- Einen großen Posten **rot kariertes Bettbezüge**, 14 Ellen, für 2.25 Mk.
- Einen großen Posten **geblümter Bettbezüge**, 14 Ellen, früher 5.00 Mk., jetzt 2.25 Mk.
- Einen großen Posten **Küchenschürzen**, Hausmacher, früher 75 Pfg., jetzt 42 Pfg.
- Einen großen Posten **Druckschürzen**, prima Qualität, früher 85 Pfg., jetzt 45 Pfg.
- Einen großen Posten **Küchenschürzen**, lein. Apret., 120 Cmt. weit, früher 1.00 Mk., jetzt 68 Pfg.
- Einen großen Posten **Damen-Kapotten**, Stück 25—75 Pfg. billiger wie früher.
- Einen großen Posten **gestreifter Barchent-Schlafdecken**, früher 1.25 Mk., jetzt 95 Pfg.
- Einen großen Posten **kariertes Barchent-Schlafdecken** jetzt nur 98 Pfg.
- Einen großen Posten **Hemdentuch** Meter 13 Pfg.
- Einen großen Posten **prima Hemdentuch**, früher 39 Pfg., jetzt 26 Pfg. pr. Mtr.
- Einen großen Posten **grauer Küchenhandtücher**, 42 Cmt. breit, Mtr. 20 Pfg.
- Einen großen Posten **weiss gestreifter Küchenhandtücher**, früher 38 Pfg., jetzt 30 Pfg. pr. Mtr.
- Einen großen Posten **langer Umschlagshawls** weit unter Preis.
- Einen großen Posten **Herren-Vigognejacken**, früher 85 Pfg., jetzt 60 Pfg.
- Einen großen Posten **Herren-Normalhemden**, früher 1.35 Mk., jetzt 1.05 Mk.
- Einen großen Posten **einzelner zurückgesetzter Korsetts** von 60 Pfg. an
- Einen großen Posten **Damen-Unterziehjacken** (Vigogne) 38 Pfg.
- Einen großen Posten **Damen-Schulterkragen** zum Einkaufspreis.

Größtes Sortiments-Geschäft Buckau.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 1. Februar 1899:
Novität! Zum 3. Male: Novität!
Fuhrmann Henschel.

Abonnementskarten pro Februar werden täglich mit Ausnahme des Sonntags an der Tageskasse ausgegeben.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:
Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Gelegenheitskauf-Geschäft

A. Karger

Große Marktstr. 8.

Große Marktstr. 8.

Zur Konfirmation

empfehle ich große Posten

schwarze reinwollene Kaschmirs, schwarze

reinwollene gemusterte Stoffe,

schwarze reinwollene Cheviots

nur garantiert reinwollene beste Qualitäten

Berliner Elle, doppeltbreit, 50, 60, 80, 100 Pfg.

Einfarbige reinwollene Stoffe in glatt, einfarbige

reinwollene Stoffe gemustert, reinwoll. Cheviots,

Diagonals, hochmoderne Frühjahrs-Stoffe

nur beste reinwollene Qualitäten

Berliner Elle, doppeltbreit, 50, 60, 80, 100 Pfg.

Fertige Unterröcke in weiss und bunt, Korsetts,

Schürzen, Wäsche in größter Auswahl, staunend billig.

Für Knaben

schwarze reinwoll. Kammgarne, Cheviots, dunkel-

blaue und dunkelfarbige Buckskins und Cheviots,

darunter große Auswahl, zu Anzügen ausreichend, ganz bedeutend

unter Preis. 284

Zum Karneval

Atlasse in allen Lichtfarben
p. Meter 0.35, 0.60,
0.85, 1.00, 1.50 bis 3.00 M.

Velvet, schwarz und farbig,
Meter 0.55, 0.75,
0.90, 1.00 bis 3.00 M.

Velvet, gold gepreht,
Mtr. 1.10 bis 1.35 M.

Pompadourstoffe
in Selbe, 264
Meter 1.00 bis 4.00 M.

Sämtliche
Gold- und Silber-Artikel
in jeder Preislage.

Auf Wunsch:
Anfertigung von
Masken-Kostümen

Lange & Münzer
51a Breiteweg 51a

Einmaliger Inventur-Räumungs-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen 279

in allen Sägen meines Warengeschäftes umfassend

Schwarze Kleiderstoffe, farbige Kleiderstoffe,
Seidenwaren, Buckskins, Gardinen-, Weiss- und
Baumwollwaren und viele andere Artikel.

Zeitdauer: Bis zum 7. Februar.

Eduard Neuberg, jetzt
Breiteweg No. 37
1. Etage, gegenüber der Ulrichsstr.

Keine Dame versäume diese sich nie wieder bietende Kaufgelegenheit.

Biehlkinder, 48 J. 7 M. Luise geborne
Wethge, Witwe des Wärtners Leop. Wöb-
ling, 58 J. 7 M. 7 J. Wilhelm, S. des
Vohrentschmieders Albrecht Christensen in Eils-
leben, 3 M. 18 J. Heinrich Fiedlein,
Kaufher, 35 J. 4 J. Bertha geb. Kober,
Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Schuberl
in Berlin, 25 J. 10 M. 12 J.

Sudenburg, 28. Januar.
Eheschließungen: Schloss. Witt.
Herz mit Wilhelmine Schuhofer h. Verf.
Beamter Willy Meyer mit Margarete
Schwalbe. Arb. Andr. Trog mit Emma
Nebel hier.

Geburten: Friedrich, S. des Hilt-
weihenstellers Ferd. Ditto. Walter Ditto
May, unehel.

Todesfälle: Luise geb. Wichmann,
Ehefrau des Arbeiters Gustav Lauschinsch,
34 J. 1 M. 22 J. Elsa, T. des Jünger.
Dskar Meyer, 4 J. 2 M. 9 J. Meta, T.
des Arbeiters Friedrich Robert, 12 J.

Buckau, 28. Januar.
Eheschließungen: Arb. Eduard
Wiesolle mit Martha Denczif hier. Fellen-
hauer Herm. Lampe mit Emma Ruff hier.

Geburten: Alfred, S. des Arbeiters
Karl Raming. Willy, S. des Arb. Herm.
Kuff. Paul, S. des Barbierherrn Paul
Stenbed. Charlotte, unehelich. Gertrud,
unehelich, S. des Arbeiters August Wisse.
Gertrud, T. des Schlossers Karl Siegl.

Todesfälle: Kurt, S. des Schloss.
Maritius Rint, 28 J. Rudolf, S. des
Verfasserstellers Otto Kalbe, 15 J.

Neustadt, 28. Januar.
Aufgebot: Arbeiter Louis Christian
Otto Menking mit Anna Bertha Emma
Knochenhauer.

Eheschließungen: Fabrikarbeiter
Hermann Fischenbeth mit Agnes Kehn-
stedt. Kaufm. Hermann Robert mit Elise
Krauel. Hiltshelzer Richard Fuhrmann
mit Martha Redding.

Geburten: Walter, S. des Tischler-
meisters Karl Lubig. Paula, T. des Arb.
Bernh. Regener. Frieda, T. des Formers
Ab. Conradi. Willy, S. des Arbeiters
Heinrich Busch. Margarete, T. des Milch-
händlers Franz Witel. Martha, T. des
Arb. Paul Manzer. Paul, S. des Weiß-
gebers Ernst Epenhahn.

Todesfälle: Albert, S. des Arb.
Andreas Pletscher, 9 M. 17 J. Ehefrau
des Restaur. Richard Köpner, Dittke geb.
Stahmann, 57 J. 5 M. 15 J. Witwe
Ulrich, Elisabeth geb. Driesen, 86 J. 1 M.
1 J.

Cracau.
Eheschließung: Pensionär Christ.
Andreas Heinrich mit Wwe. Marie Doro-
thee Friederike Lutter, geb. Krämer, in
Prester.

Geburten: Marie Emma Anna, T.
des Handelsgärtners Franz Wahnschaffe in
Cracau. Hilda Martha, T. des Müller-
gehilfen Christ. August Liederich in Pechau.
Heinrich Gustav Willy, S. des Arbeiters
Heinrich Siedmann in Cracau. Rudolf
Dito, S. des Comptoiristen August Sachel
in Cracau.

Burg, 25. Januar.
Geburt: Sohn des Bäckermeisters Otto
Stiele.

Todesfälle: Heizer Albert Schröder,
30 J. 7 M. 26 J. Ida, Tochter des
Arbeiters Wilhelm Biega, 1 M. 28 J.
Anna, Tochter des Kutschers Friedr. Diez,
4 J. 1 M. 13 J. Willy, Sohn des Tischl.
Gustav Schmidt, 2 M. 17 J.

Vom 26. Januar.
Aufgebot: Fabrikarbeiter Johannes
Thißen mit Bertha Ludwig.

Geburten: Sohn des Arbeiters Aug.
Thierkopf. Sohn des Arbeiters Otto
Graben. Tochter des Barbierherrn Herm.
Behrendt.

Todesfälle: Nagelschmied Jul. Hensel,
50 J. 8 J.

Vom 27. Januar.
Todesfälle: Antonie, T. des Ader-
bürgers August Delorme, 1 J. 10 M. 4 J.

Eheschließungen: Handschuhdreher.
Moriz Robert Ulrich mit Luise Knid.
Tischler Friedrich Karl Heisinger mit Anna
Alma Adelheid Schröder.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die
Volksstimme beziehen zu wollen.

Die Unterzeichneten empfehlen sich zur Ausführung von
Bauarbeiten.
Reparaturen sowohl wie Alt- und Neubauten unter Zusicherung
promptester Ausführung bei mäßigen Preisen.
Burg, im Januar 1899.

Nicolaus & Timme
Bau-Unternehmer.
Aufträge erbeten Kesselfstraße 3 und Blumenthalstraße 29.

Brikett
100 Mk. 5.00, hochheizkräftig
liefert 237

Carl Franke
Lager S.
Wohnweg, am Bahnübergang.
Fernsprecher 909.

Gratulation zum 29. Januar.
Die besten Wünsche zum 23. Geburtstag
des Kollegen **Ernst Franke**, daß der
ganze Pantler braunt. 67
Die Kantinen-Pantler.

Gestern starb nach kurzem, aber
schwerem Leiden meine innig geliebte
Frau, meine gute Mutter, unsere un-
vergessliche Schwester und Tochter
Luise Kühnast
im 31. Lebensjahre, was tiefbetrübt
anzeigen 68
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch um 1/2 5 Uhr von der Leichen-
halle des Westfriedhofes aus statt.

Standesamt.
Magdeburg, 28. Januar.
Eheschließungen: Reisender Wro.
Engelhardt in Herbst mit Elise Reindel h.
Comptoirist Max Jonas mit Minna
Westram hier. Kaufm. Dieder. Sellmann
in Bremen mit Anna Schrader h. Eisen-
brecher Karl Schulz in Cracau mit Agnes
Johst hier.

Geburten: Walter, S. des Kochs
Gustav Ubelmann. Hedwig, T. des Commis
Gustav Freyhebt. May, S. des Eisenb.-
Arb. Karl Krause. Rose, T. des Kaufm.
Otto Borchardt. Arthur, S. des Courier-
boten Max Grünthal.

Todesfälle: Martha geb. Möbins,
Ehefrau des Schiffers Hermann Hornig,
38 J. 10 M. 12 J. Ernest geborne
Arnolbi, Ehefrau des Tapeziers Gustav
Haffsurth, 56 J. 8 M. 4 J. Paul, un-
ehelich, 8 M. 22 J. Hermann Broje.

P. P.
Magdeburg, den 25. Januar 1899.

Hierdurch beehren wir uns, Ihnen ergebenst anzuzeigen, daß wir mit dem heutigen Tage unsere
Filiale Buckau, Schönebeckerstraße 48
unserem bisherigen Mitarbeiter,
Herrn Carl Julius Braun
mit sämtlichen Aktiven käuflich überlassen haben.
Für das uns in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitten wir, dasselbe auch auf
unsern Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Roeder & Drabandt.

Höflichst bezugnehmend auf vorstehende Mitteilung der Firma **Roeder & Drabandt** erlaube ich mir,
Ihnen gleichfalls mitzuteilen, daß ich mit dem heutigen Tage die von derselben betriebene
Filiale Buckau, Schönebeckerstraße 48
mit sämtlichen Aktiven käuflich übernommen habe und unter der Firma
Carl Julius Braun
in unveränderter Weise weiterführen werde.
Indem ich Sie bitte, das dem Geschäft bis dahin entgegengebrachte Vertrauen demselben auch fernere bewahren
zu wollen, sichere ich Ihnen eine stets reelle und prompte Bedienung zu.

Hochachtungsvoll **Carl Julius Braun.**